

Büchner und die Demokratie

Museum Butzbach / BüchnerHaus Goddelau

3./4. Oktober 2023

Referent: *Michael Dreyer*



Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Politikwissenschaft

Gliederung des Vortrags

1. Demokratie – eine antike Idee und ihre moderne Umsetzung
2. Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland
3. Die Bundesrepublik – Lehren aus Weimar?
4. Die Bedrohung der Demokratie im 21. Jahrhundert

„*Democratie*, ist eine ordentliche Regiments-Form, in welcher die Majestät bey dem gesammten Volck ist. ... Es wird dieselbe sonst auch *politeia, respublica* ein gemeines Wesen im engern Verstande genennet. ... Man kann dieselbe wie alle Regiments-Formen in unumschränckte oder *puram* und umschränckte, oder *temperatam* eintheilen. Die erstere ist, wenn allen Bürgern ohne Ausnahme ein gleiches Recht bey denen öffentlichen Zusammenkünfften zugestanden wird. Die andere hingegen ist, wenn einigen Bürgern ein sonderbahrer Vorzug nach denen Grundgesetzen eingeräümet wird. ... Die Majestät kann bey dieser Regiments-Form nicht anders als in gemeinen Reichs-Versammlungen unmittelbar ausgeübet werden. Solche wurden bey denen Römern *Comitia* genennet. Doch...

... Doch ist von denenselbigen alleine kein Schluß auf die *Democratie*, weil in umschränkten Monarchien eben dergleichen angetroffen werde, zu machen. Eher aber kan [sic] ein dergleichen Reich vor eine *Democratie* nicht gehalten werden, ehe das Grund-Gesetze einer *Democratie* nicht vorhanden ist. Die sämtlichen Bürger müssen sich nemlich vergleichen, daß sie insgesamt durch vereinigte Kräfte denen widerspenstigen [sic] einzelnen Personen widerstreben wollen, und daß also der Wille des einig gewordenen Volckes eine Richtschnur aller und jeder ins besondere seyn soll. ... Da es aber bey der Menge so vieler verschiedener Gemüther unmöglich fällt, sie alle auf einerley Meynung zubringen, so muß die meiste Anzahl derer Stimmen den Ausschlag geben. Bei diesen Stimmen kan nun nicht auf deren Gründlichkeit gesehen werden. Denn diese erregt den Zweiffel; sondern man muß schlechterdings die Vielheit dererselben bemercken.“

Johann Heinrich Zedler
(1706-1751)

Großes vollständiges Universal
Lexicon aller Wissenschaften
und Künste welche bishero
durch menschlichen Verstand
und Witz erfunden und
verbessert worden,

64 Bde., Halle und Leipzig
1732-1750, hier Bd. 7, S. 525
(1734)

(Komplett online abrufbar!)



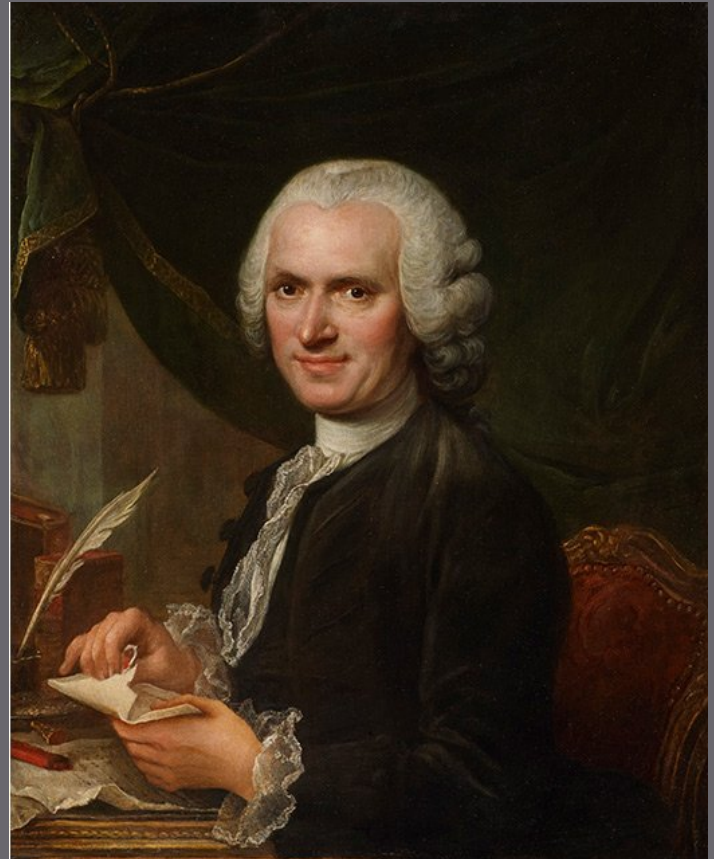
Merkmale der Demokratie (nach Zedler 1734)

1. Majestät (= Souveränität) liegt beim gesamten Volk.
2. Unumschränkte Demokratie: gleiches Recht für alle.
3. Umschränkte Demokratie: Sonderrechte für einige.
4. Wird „in gemeinen Reichs-Versammlungen unmittelbar ausgeübet“.
5. Wille der Mehrheit gilt für alle.
6. Stimmen werden gezählt, nicht gewogen.



Platon
(428/27-348/47 v. Chr.)

Jean-Jacques Rousseau
(1712-1778)





*Antike
Demokratie?*



Staatsformenlehre bei Aristoteles

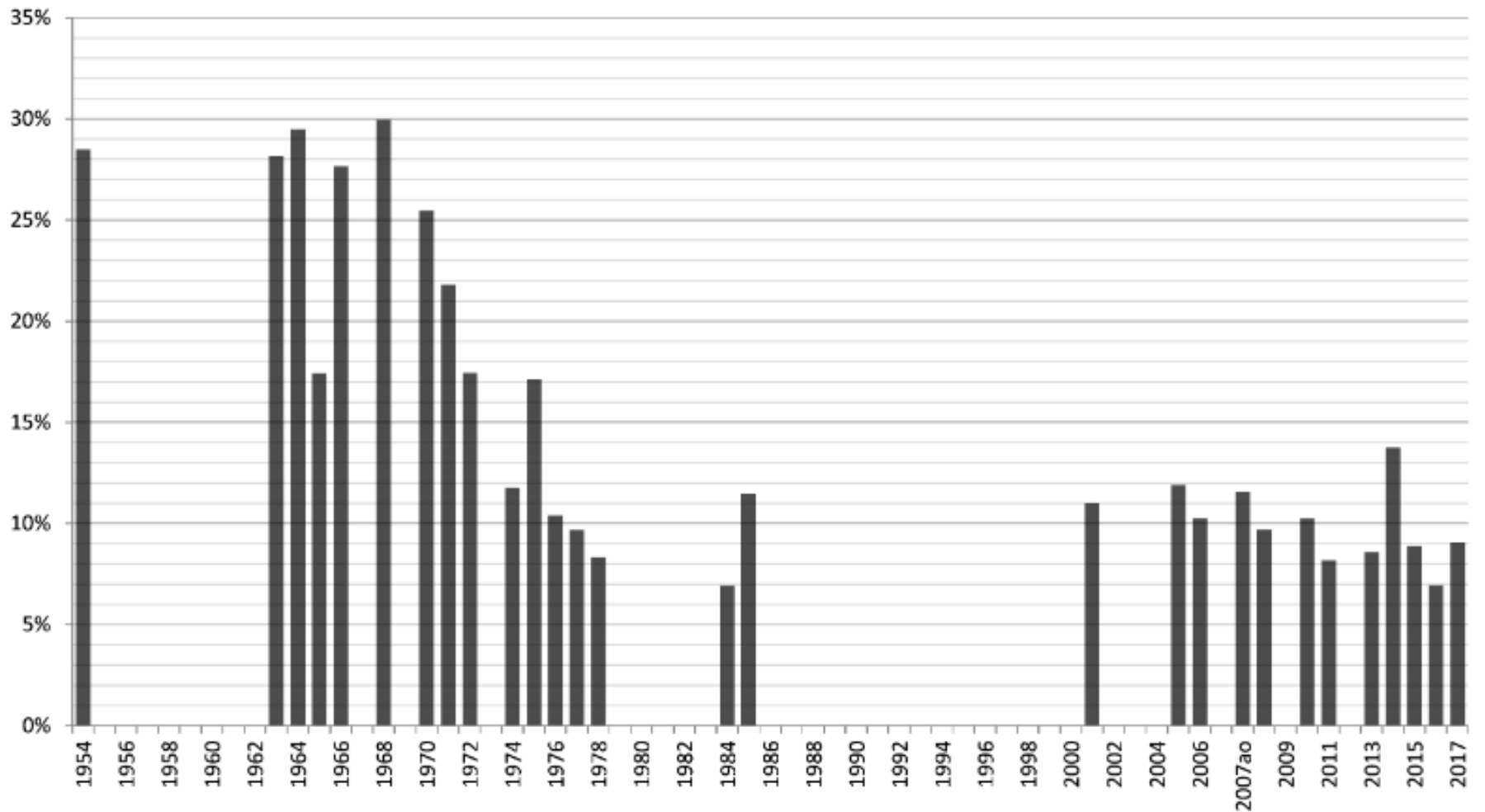
<i>Zahl der Herrschenden im Staat</i>	<i>Normative Qualität der Herrschaft</i>	
	<i>Gut</i>	<i>Schlecht</i>
<i>Einer</i>	Monarchie	Tyrannis
<i>Mehrere</i>	Aristokratie	Oligarchie
<i>Alle</i>	Politie	Demokratie



- 41.471 Einwohner
- 26.000 Stimmbürger
- Seit 1387



Landsgemeinde Glarus, Mai 1940 / 27. April 2023



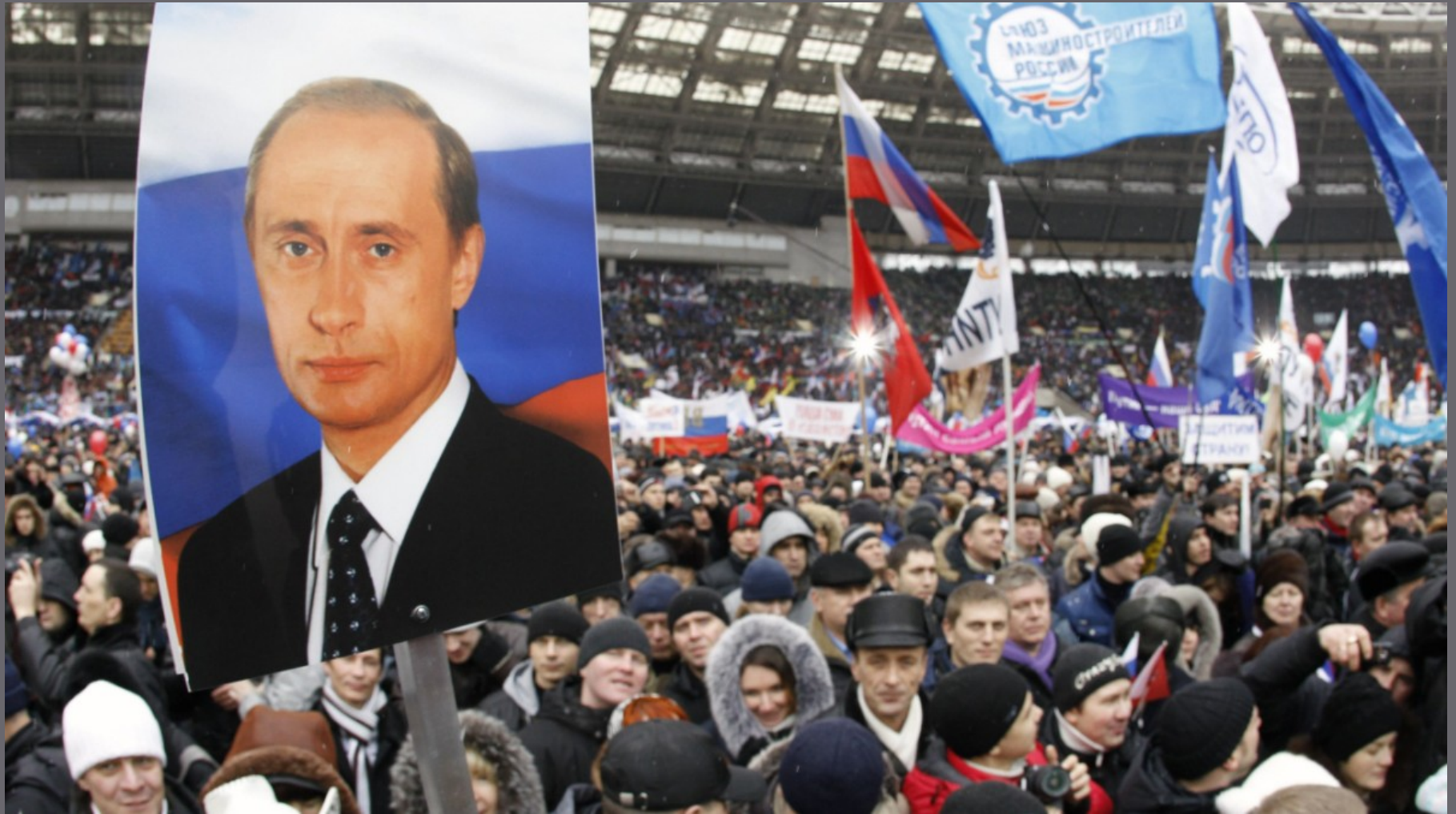
Beteiligung an der Landsgemeinde Glarus



Glarner Chalberwurst

- Traditionelles Gericht auf dem Volksfest nach der Landsgemeinde
- Kalbsbratwurst
- Gegessen mit Kartoffelstock und Dörrzwetschgenkompott



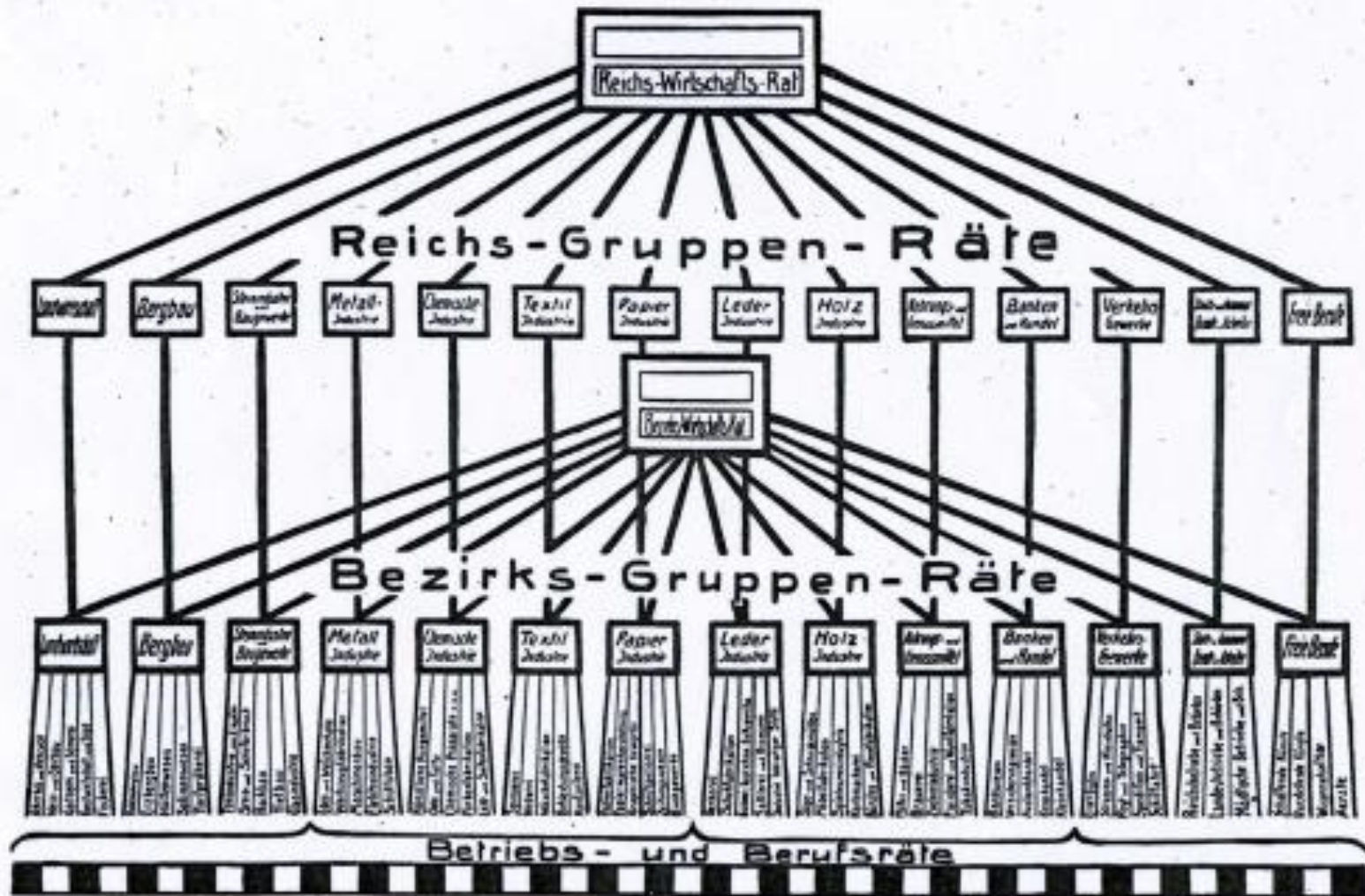


„Demokratie“ im Sinne von Aristoteles?



*SVP
Referendums-
plakate*



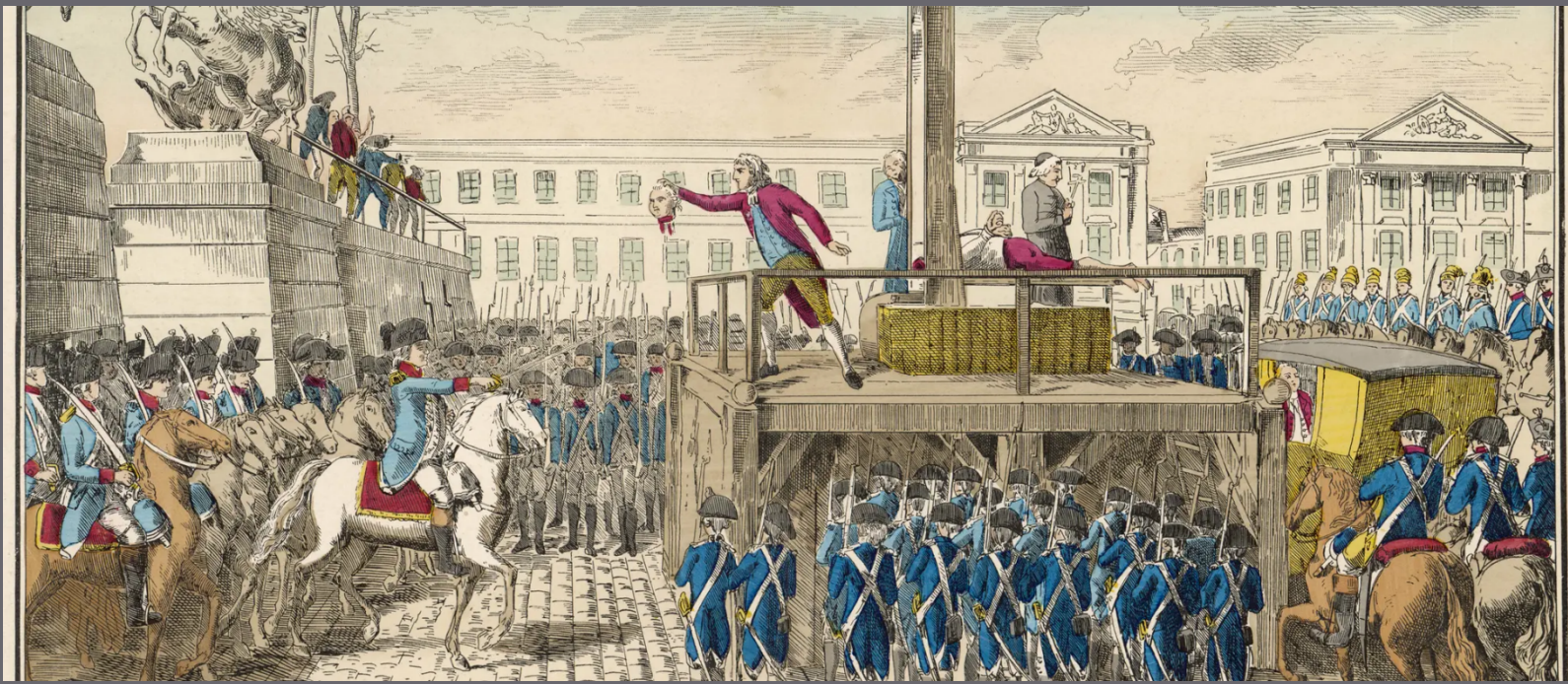


Graphische Darstellung einer Räteorganisation zur Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet

Räte“demokratie“



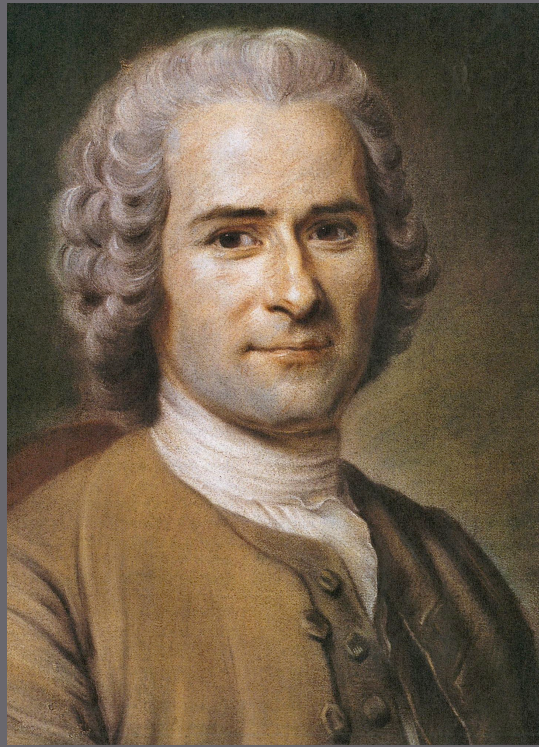
Westminster – Vorbild des Parlamentarismus



Frankreich 1793/94

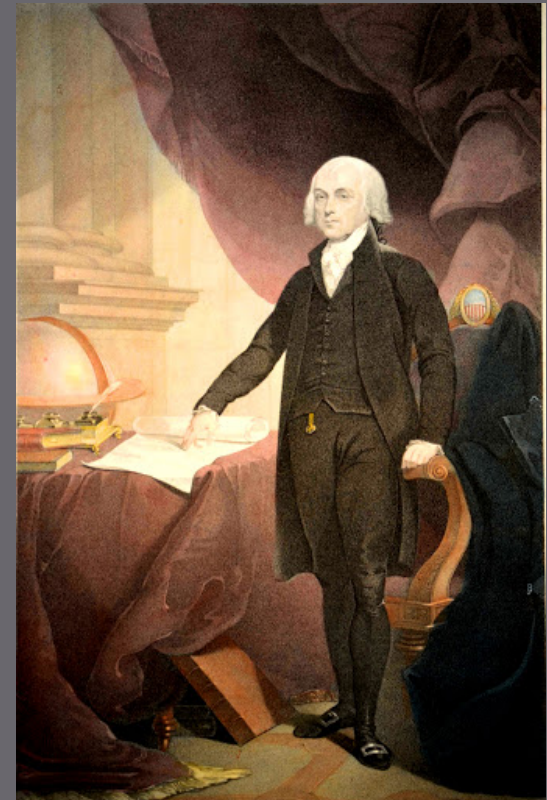
USA 1787
(Howard Chandler
Christy, 1940)





Jean Jacques Rousseau: „volonté de tous“ als egoistischer Parteiwillen vs. „volonté générale“ (Du Contrat Social, II:3, 1762)

James Madison: „curing the mischiefs of faction“ durch Pluralismus vieler Parteien und „checks and balances“ (Federalist Papers, #10, 1787)



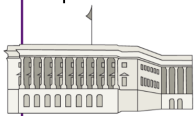
ELECTION OF BRANCHES

LEGISLATIVE BRANCH CONGRESS



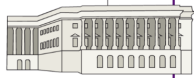
The US Capitol

House of Representatives



Direct election.
There is one Representative for ca 480 000 people. They are elected for two years.

Senate



Direct election. There are 100 senators, two from each state. Senators serve six-year terms. One third of them are up for election every two years.

EXECUTIVE BRANCH ADMINISTRATION



The White House

the president



the vice president

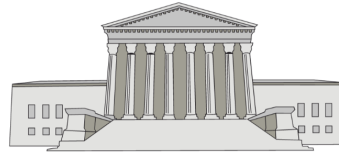


The president and the vice president are appointed for a four-year term.

cabinet

Chosen by the president

JUDICIAL BRANCH



The Supreme Court

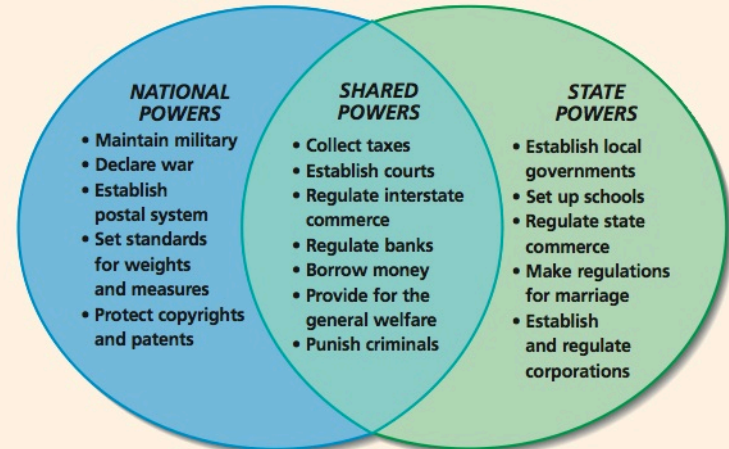


Chief justice
eight other justices

They are appointed for life by the president, the appointment is confirmed by the Senate.

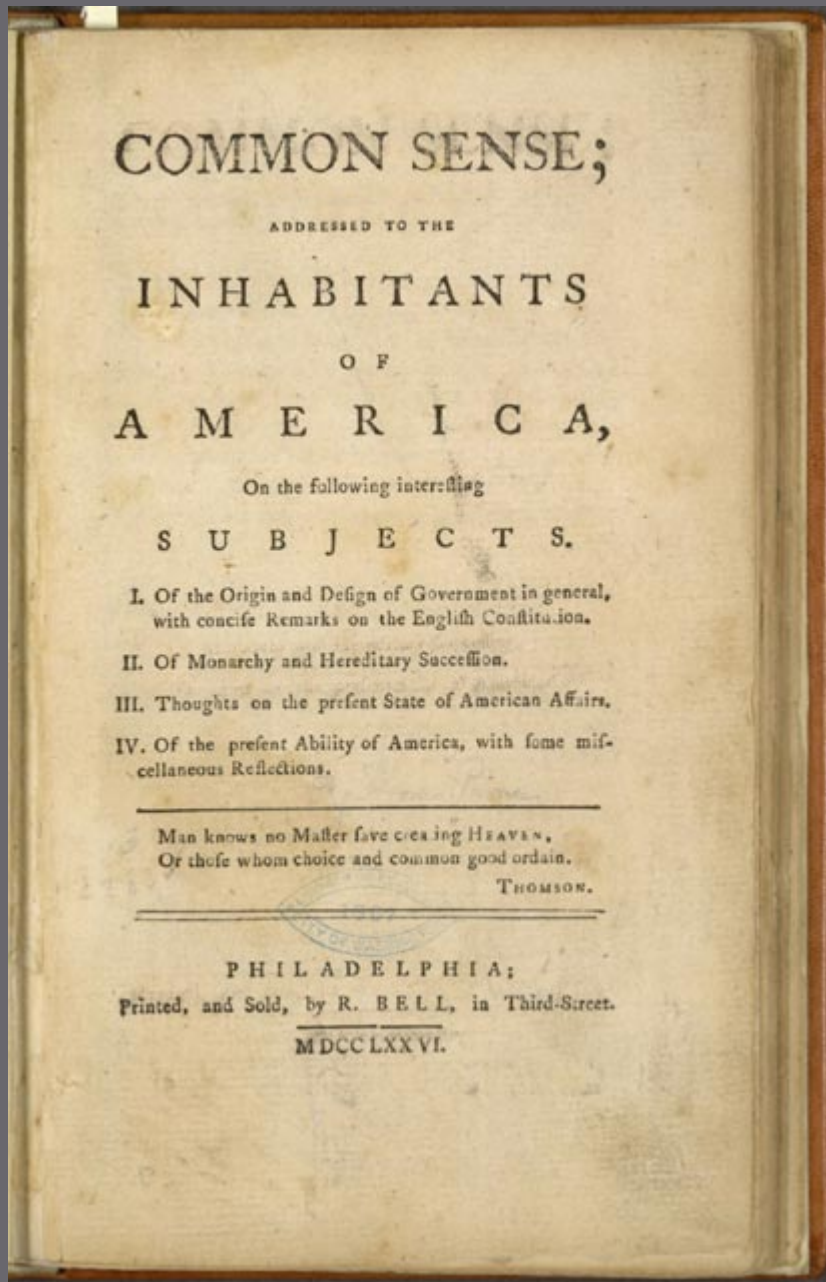
The People
The president and the Congress are elected by the people.

Americans live under both national and state governments.



Neuerungen im US-Verfassungsgebungsprozeß

1. Selbstverfassunggebung auf der Basis von Demokratie/Republik
2. Föderalismus/Bundestaat als Staatsgrundlage
3. Verfassungsänderung durch Bill of Rights 1792
4. Einklagbare Grundrechte beim Supreme Court
5. Gleichberechtigte Aufnahme von Vermont, Kentucky 1791/92
6. Friedlicher Regierungswechsel mit organisierten Parteien 1800



Thomas Paine (1737-1809)

Gemälde von
Auguste Millière, 1880



Alexander Hamilton
(1755-1804, Duell)

James Madison
(1751-1836)

John Jay (1745-1829)

In the PRESS,
and speedily will be published,
THE
FEDERALIST,
A Collection of Essays written in fa-
vor of the New Constitution.
By a Citizen of New-York.
Corrected by the Author, with Additions
and Alterations.

*This work will be printed on a fine Paper
and good Type, in one handsome Volume duo-
decimo, and delivered to subscribers at the
moderate price of one dollar. A few copies
will be printed on superfine royal writing pa-
per, price ten shillings.*
No money required till delivery.
*To render this work more complete, will be
added, without any additional expence,*

PHILO-PUBLIUS,
AND THE
Articles of the Convention,
*As agreed upon at Philadelphia, Septem-
ber 17th, 1787.*

PHILADELPHIA: Printed and Sold by B. Franklin, in the City, at the Sign of the Ship, in the Alley between Second and Third Streets, 1787.

Federalist Papers #37 (Madison)

Die Verfassung erreicht und sorgt für:

Liberty (House of Representatives)

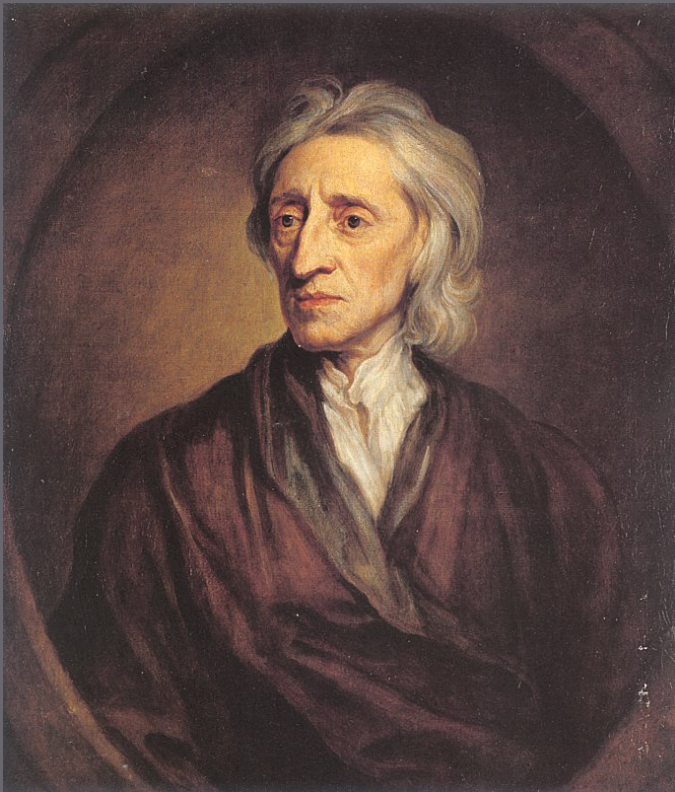
Stability (Senate)

Energy (President)

We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.

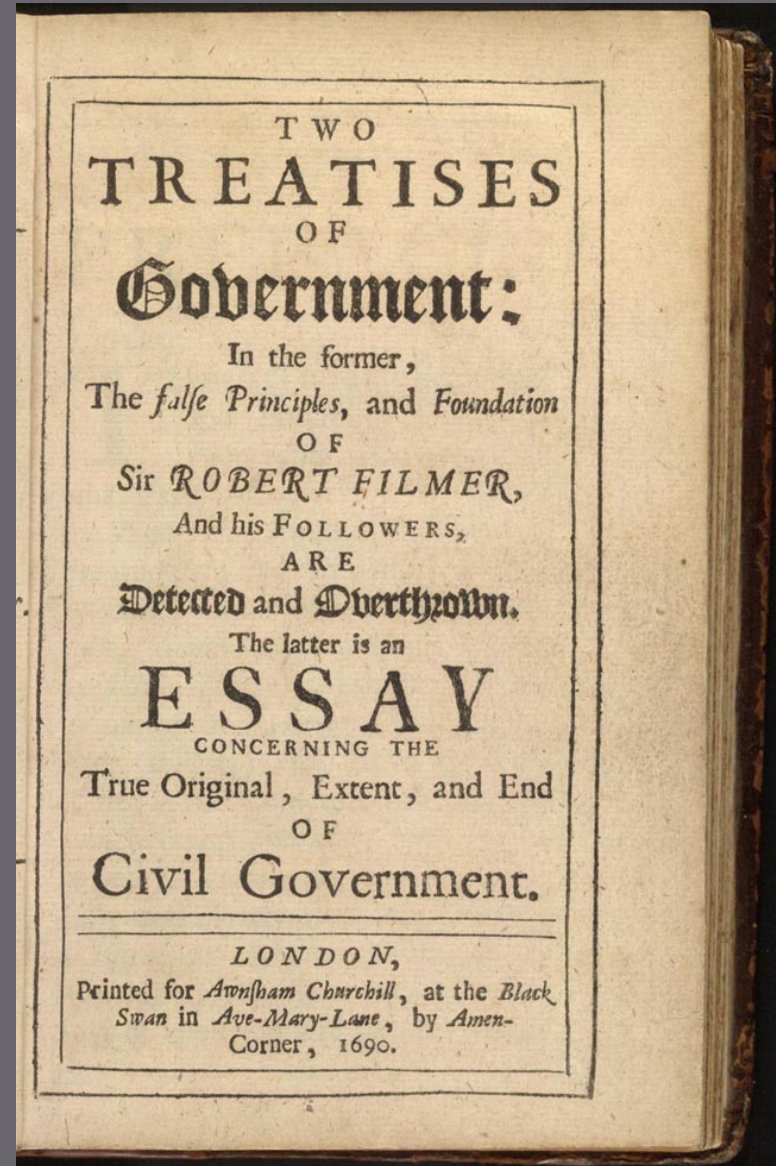
That to secure these rights, Governments are instituted among Men, deriving their just powers from the consent of the governed, That whenever any Form of Government becomes destructive of these ends, it is the Right of the People to alter or to abolish it, and to institute new Government, laying its foundation on such principles and organizing its powers in such form, as to them shall seem most likely to effect their Safety and Happiness.

Declaration of Independence (4. Juli 1776, Auszug)



John Locke
(1632-1704)

Porträt 1697 von
Sir Godfrey Kneller
(1649-1723)



1690

Rechtsstaat

- Staatsformen: Demokratie, Oligarchie, Monarchie (X:132)
- „Niemand kann in einer bürgerlichen Gesellschaft von deren Gesetzen befreit werden.“ (VII:94)
- „Die Freiheit der Menschen unter einer Regierung bedeutet, unter einem feststehenden Gesetz zu leben, welches für alle in jener Gesellschaft gültig ist und von der in ihr errichteten Legislative geschaffen wurde. Es ist die Freiheit, überall dort meinem eigenen Willen zu folgen, wo jene Regel nichts vorschreibt.“ (IV:22)
- „Das große Ziel, mit welchem die Menschen in eine Gesellschaft eintreten, ist der Genuß ihres Eigentums in Frieden und Sicherheit, und das große Werkzeug und Mittel dazu sind die Gesetze, die in dieser Gesellschaft erlassen worden sind.“ (XI:134)

Gewaltenteilung

1. *Legislative*: oberste Gewalt; begrenzt wie im Naturzustand! (XI:135); kann kein Eigentum ohne Zustimmung nehmen (138). Träger: König und Abgeordnete gemeinsam.
2. *Exekutive*: ständig im Amt (XII:144)
3. *Föderative*: Gewalt nach außen (XII:145-146)
4. *Prärogative*: Sorge für öffentliches Wohl im Notstand (XIII:158)

Besonderheiten der Legislative

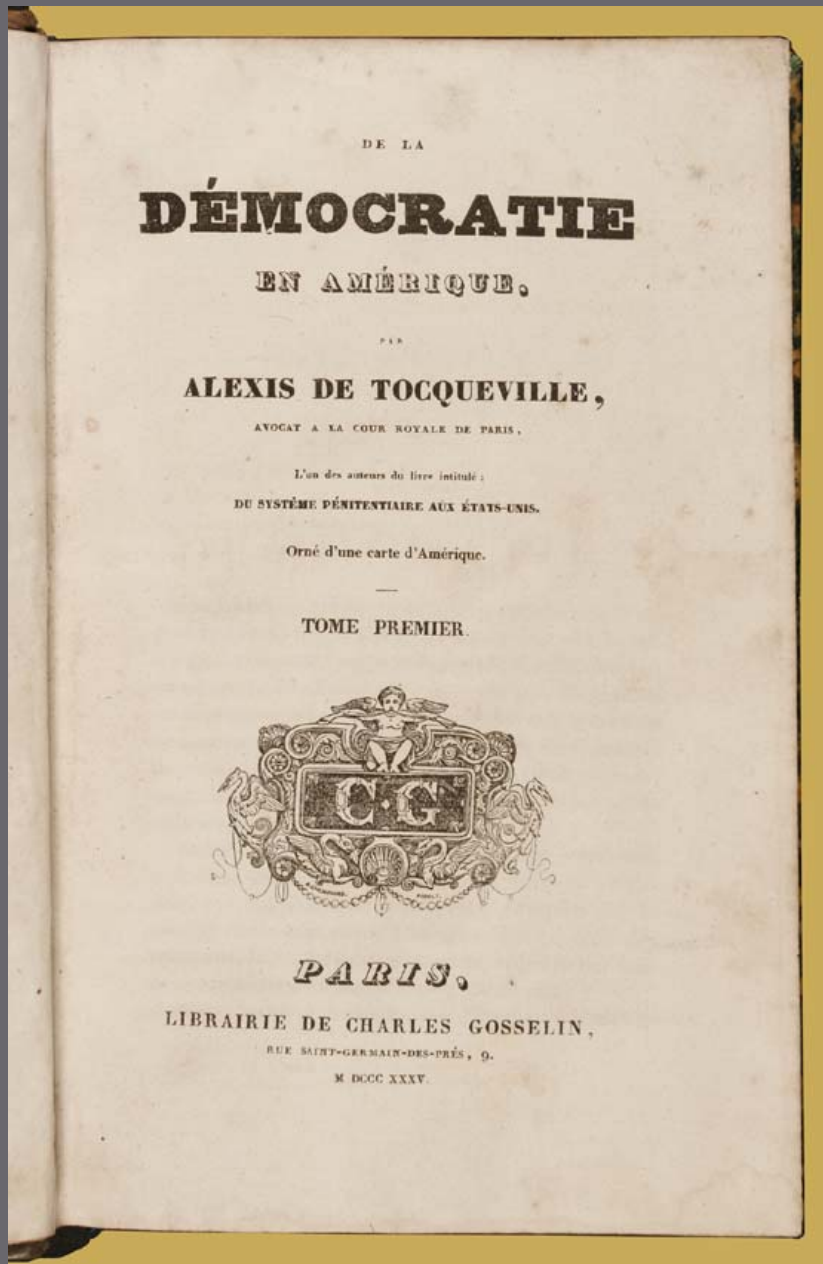
1. *Repräsentation*: jeder hat Recht auf Repräsentation und Wahlrecht „lediglich im Verhältnis seines Beitrags zur Öffentlichkeit“ (XIII:158).
2. *Gesetze*: „Das große Ziel, mit welchem die Menschen in eine Gesellschaft eintreten, ist der Genuß ihres Eigentums in Frieden und Sicherheit, und das große Werkzeug und Mittel dazu sind die Gesetze, die in dieser Gesellschaft erlassen worden sind.“ (XI:134)

Widerstand I

- „Untertanentreue ist nichts anderes als Gehorsam nach dem Gesetz. Wenn er (= König) das Gesetz verletzt, hat er auch kein Recht auf Gehorsam.“ (XIII:151)
- „Das Unrecht und das Verbrechen sind dieselben, ob sie von jemandem begangen werden, der eine Krone trägt, oder von irgendeinem kleinen Schurken. Der Rang eines Übeltäters und die Zahl derer, die ihm folgen, machen für das Verbrechen keinerlei Unterschied, es sei denn, daß sie es verschlimmern.“ (XVI,176)
- Gewalt ohne Autorität = Naturzustand (XIII:156)
- Sklaverei (IV) = Kriegszustand zwischen Eroberer und Unterworfenem; man hat kein Recht, Freiheit aufzugeben

Widerstand II

- Eroberung (XVI), Usurpation (XVII) und Tyrannei (XVIII) begründen kein Rechtsverhältnis; können in allen Staatsformen vorkommen
- Rebell ist der, der Gesetze bricht; „re-bellare“ (XIX:226)
- „Wo immer das Gesetz endet, beginnt Tyrannei, wenn das Gesetz zum Schaden eines anderen überschritten wird. Und wer immer in Ausübung von Amtsgewalt seine gesetzlichen Kompetenzen überschreitet und von der unter seinem Befehl stehenden Gewalt Gebrauch macht, um den Untertanen etwas aufzuzwingen, was das Gesetz nicht erlaubt, hört damit auf, Obrigkeit zu sein. Er handelt ohne Autorität, und man darf sich ihm widersetzen wie jedem anderen Menschen, der gewaltsam in die Rechte anderer eingreift. Für die unteren Behörden wird dies anerkannt.“ (XVIII:202)



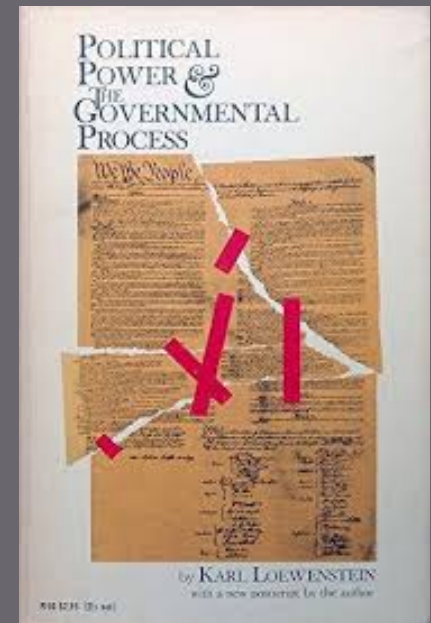
Alexis de Tocqueville
(1805-1859)

*De la démocratie en
Amérique (1835/40)*

Konstitutionalismus vs. Autokratie (Karl Loewenstein 1950, dt. 1969)

Demokratie vs. Diktatur

- *Macht*: prinzipiell beschränkt oder unbeschränkt?
- *Willensbildung*: prinzipiell von unten nach oben oder von oben nach unten?
- *Minderheiten*: prinzipiell anti-majoritär geschützt oder von Mehrheit unterdrückt?



Demokratie und westliche Zivilisation

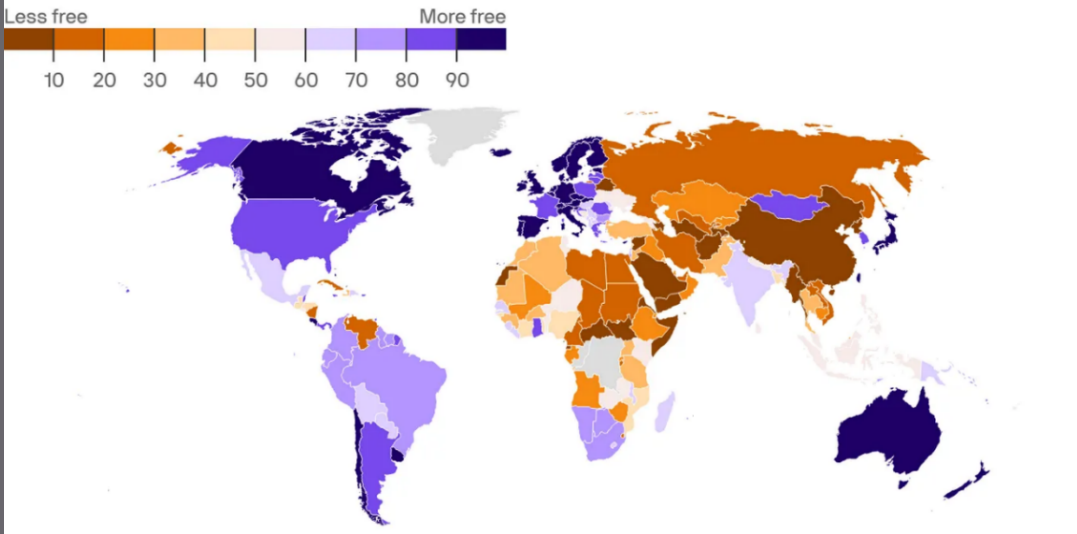
1. Griechische Philosophie
2. Römisches Recht
3. Jüdisch-christlicher Monotheismus
4. Germanischer Freiheitsgedanke

5. Mittelalterliche Scholastik
6. Humanismus und Renaissance
7. Moderne Wissenschaften
8. Säkularisierung der Aufklärung
9. Industrielle Revolution

Warum hat sich die Demokratie nur in der westlichen Zivilisation entwickelt?

1. Kombination der Faktoren der letzten Folie...
2. Verfolgungsphase des Christentums
3. Untergang des Weströmischen Reiches führt zur Trennung der Kirche vom Reich
4. Normative Grundlage: Gleichheit aller Menschen

Freedom in the World index, 2023



Ideengeschichte der Demokratie

1. Antike
2. Reformation (v.a. Calvinismus)
3. Aufklärung im 18. Jahrhundert
4. England, USA: Repräsentation als Mechanismus
5. Frankreich: Idee der Gleichheit

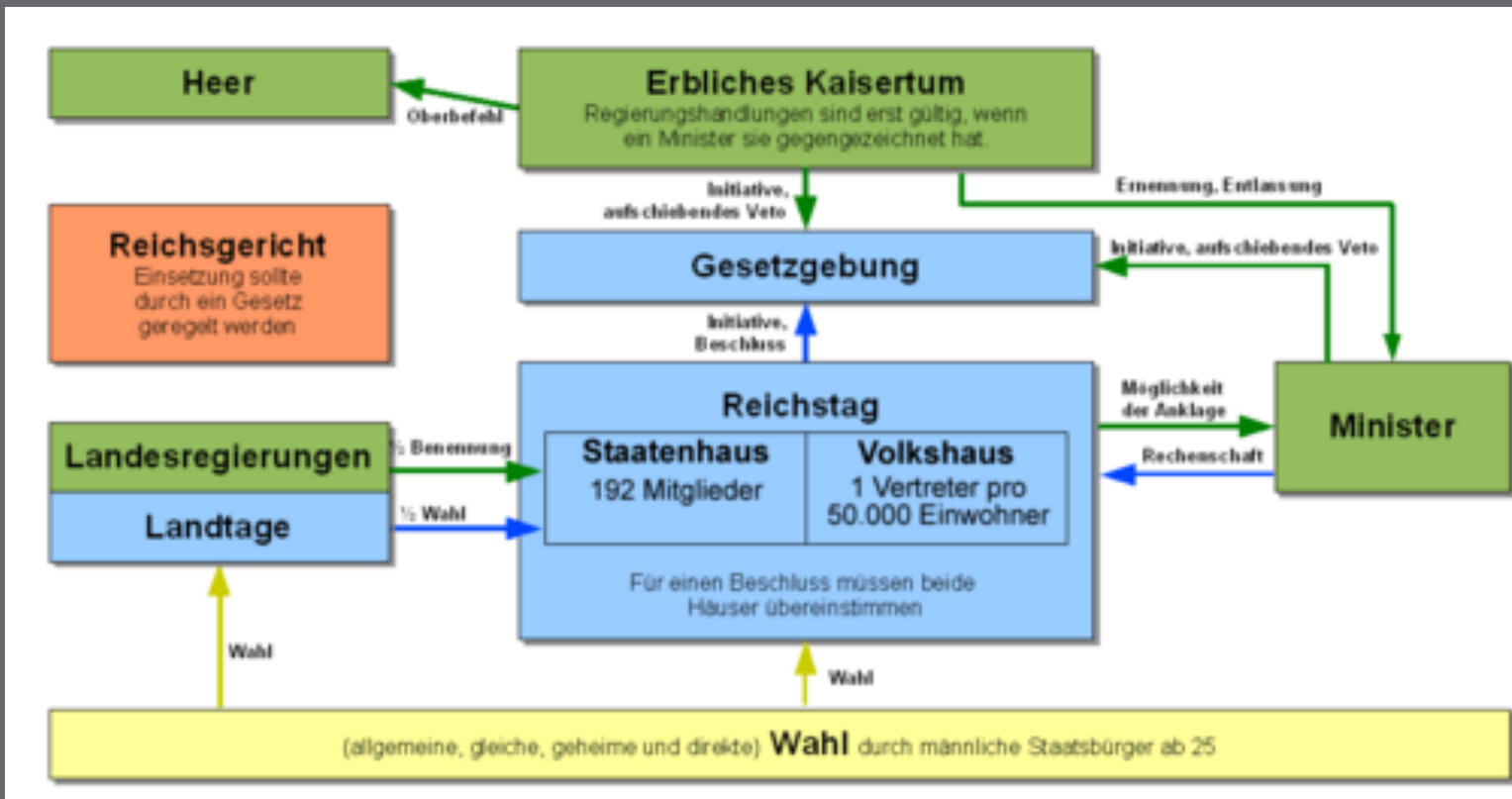




Paulskirche

*Deutsche National-
versammlung*

18.5.1848 - 31.5.1849



- 27.12.1848 Grundrechte als Gesetz verabschiedet
- 27.3.1849 267:263 für erbliches Reichsoberhaupt
- 28.3. Verabschiedung der Verfassung
- 3.4. Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.

HEDWIG RICHTER

Demokratie

Eine deutsche Affäre

Vom 18. Jahrhundert
bis zur Gegenwart

C.H.Beck



Eckart Conze

Schatten des Kaiserreichs

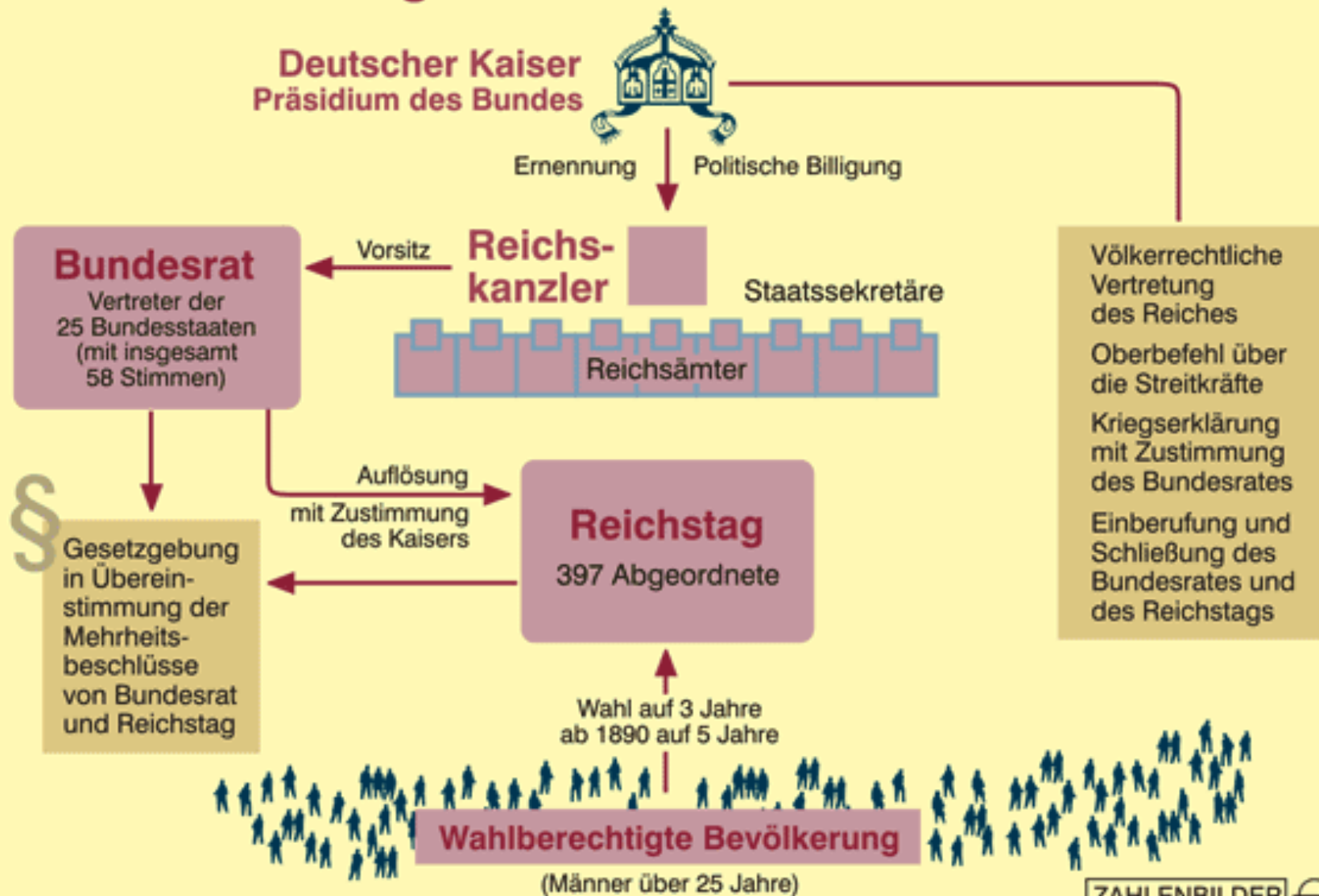
SPIEGEL
Bestseller-
Autor

Die Reichsgründung
von 1871 und
ihr schwieriges Erbe

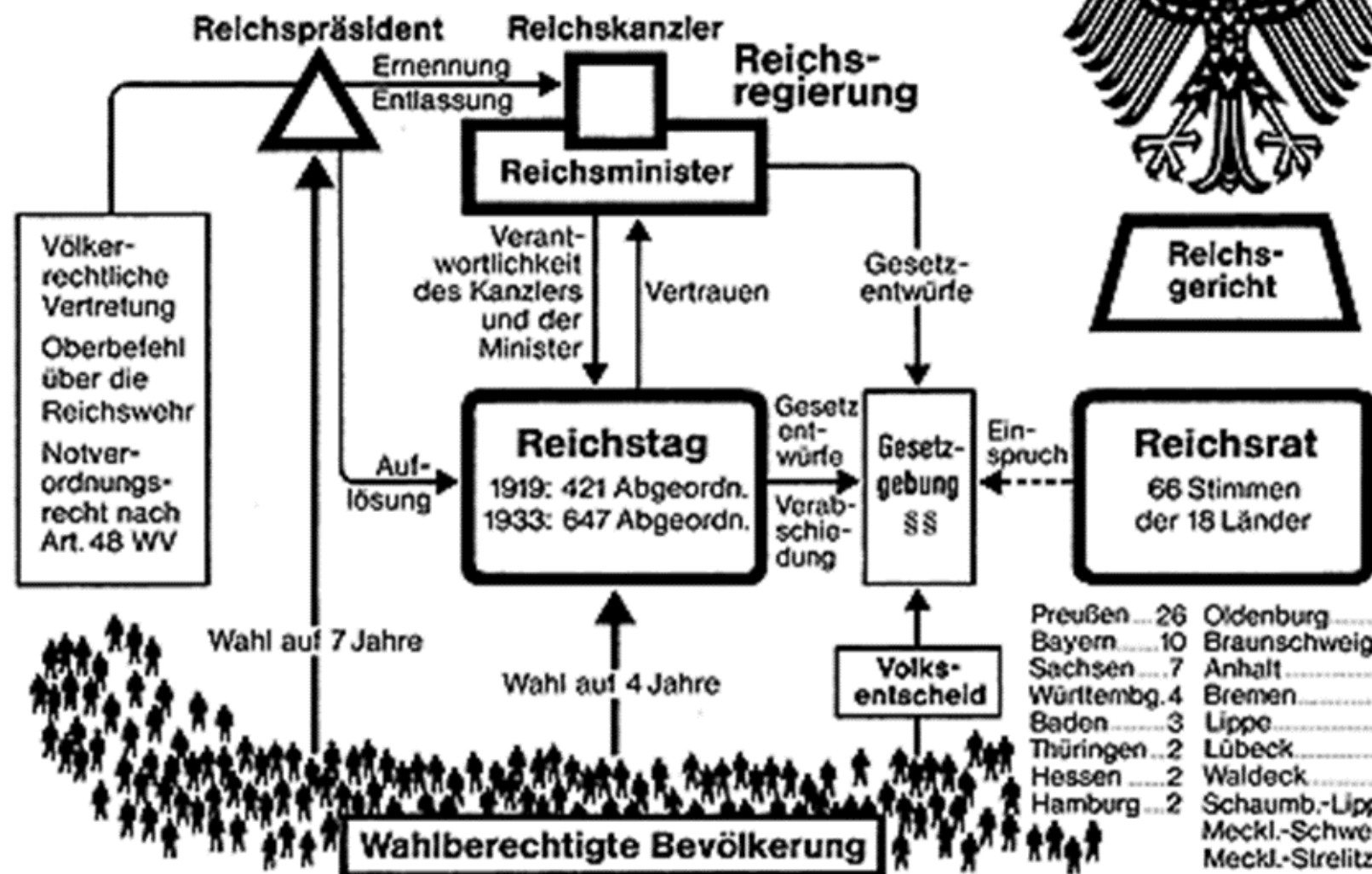
dtv



Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871



Die Verfassung der Weimarer Republik

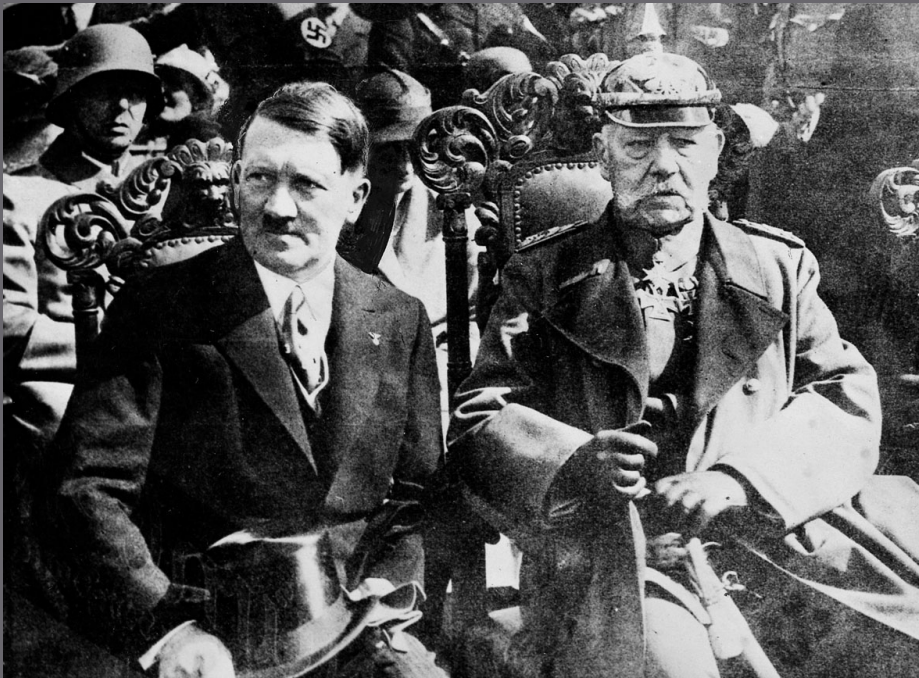


ZAHLENBILDER

50 070

© Erich Schmidt Verlag

1933: Die Weimarer Republik ist...



... gescheitert

... untergegangen

... aufgelöst

... geendet

... ZERSTÖRT

worden!

*(Eindimensionale) Ursachen für den
„Untergang“ der Weimarer Republik
(1950er/60er)*

- *Institutionen:* Karl Dietrich Bracher, Werner Kaltefleiter
- *Personen:* Karl Dietrich Erdmann
- *Fehler während der Revolution:* Eberhard Kolb, Peter von Oertzen
- *Kapitalismus:* Arthur Rosenberg, Wolfgang Ruge

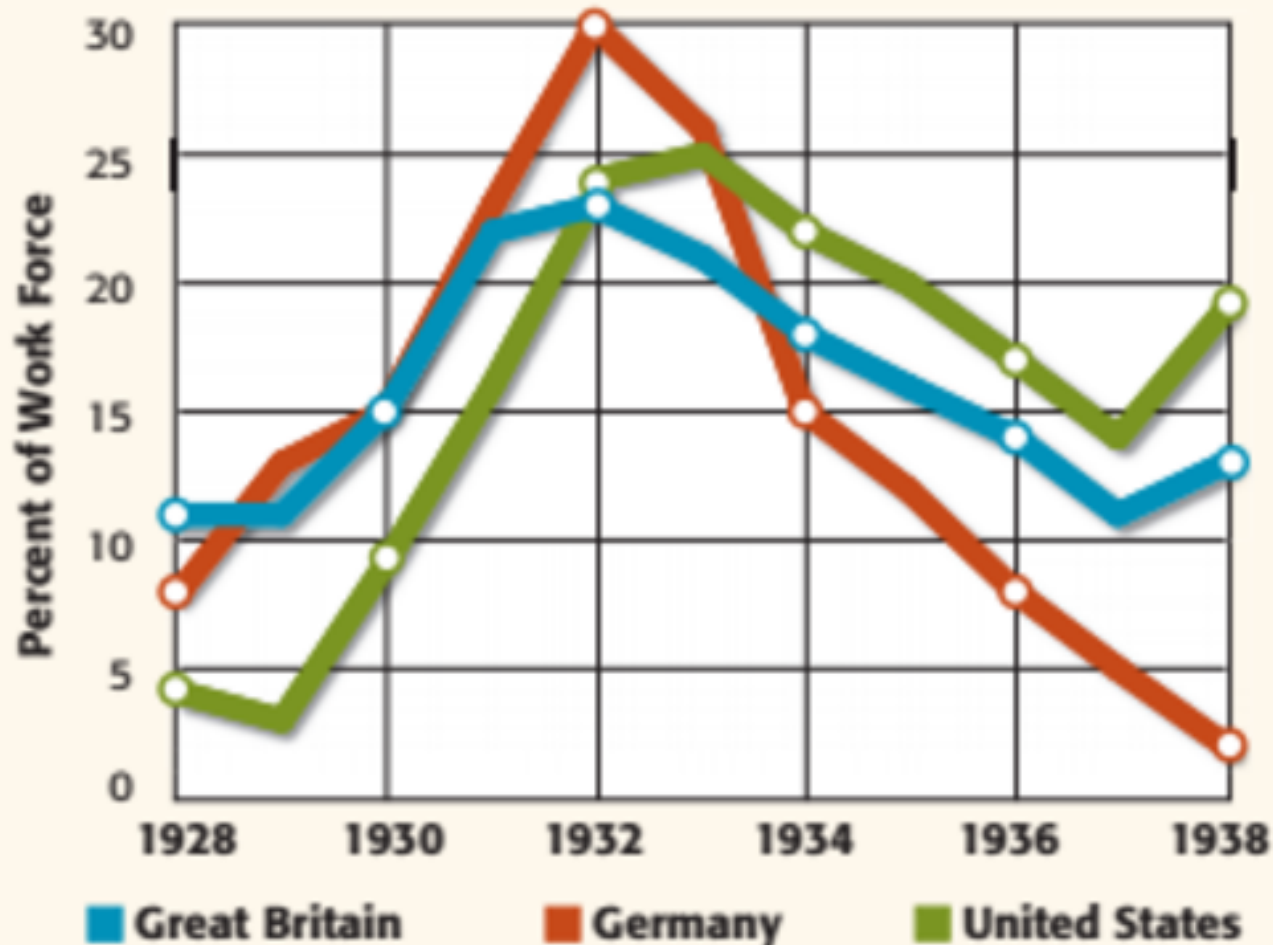


Ursula Büttner:
Weimar. Die überforderte Republik (2008)

„Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch, schien die Erfüllung des Programms von Boxheim nur eine Frage der Zeit zu sein. An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers. Die deutsche Entwicklung geht nicht glatt aber rapid.“ (= erster Satz)

Carl von Ossietzky, Wintermärchen,
in: *Die Weltbühne*, 29. Jg. (3.1.1933) 1-6

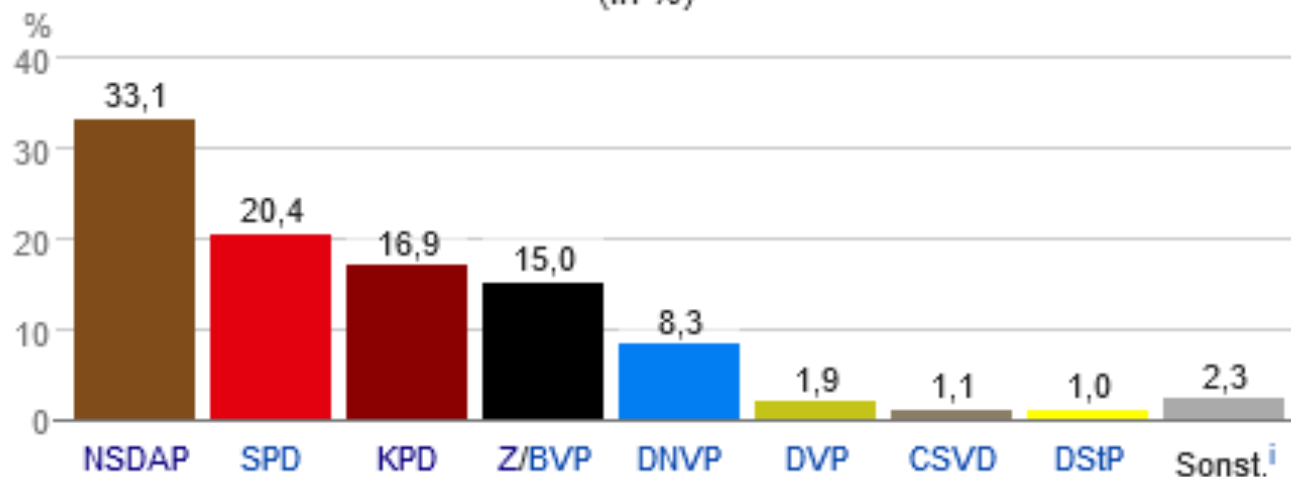
Unemployment Rate, 1928–1938



Sources: *European Historical Statistics: 1750–1970*;
Historical Statistics of the United States: Colonial Times to 1970.

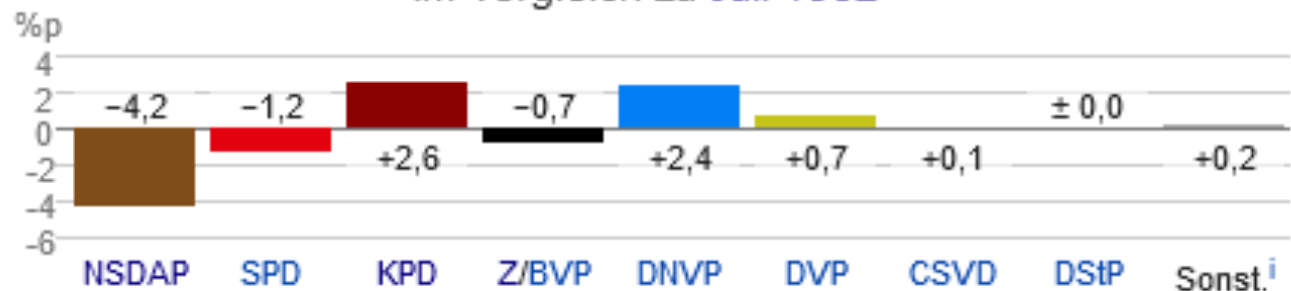
← Juli 1932 Reichstagswahl November 1932 März 1933 →

(in %)^[1]



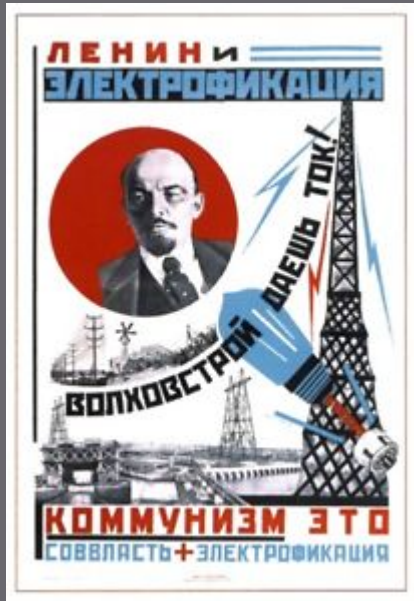
Gewinne und Verluste

im Vergleich zu Juli 1932^[2]



Anmerkungen:

ⁱ davon November 1932: DBP 0,4 %, WP 0,3 %, Landbund 0,3 %, DHP 0,2 %



SU und Moderne





Radio und Film



Die Zerstörung der Demokratie in Europa 1922-39

<i>Jahr</i>	<i>Land</i>	<i>Ereignis</i>	<i>Ursache</i>
1922	Italien	Marsch auf Rom	Putsch
1923	Bulgarien	Ermordung des Premiers	Militärputsch
1924	Albanien	Bürgerkriegsähnliche Unruhen	Bauernaufstand/ Militärputsch
1925	Griechenland	Absetzung der Regierung	Militärputsch
1926	Polen	Kämpfe in Warschau	Militärputsch
1926	Portugal	Ständestaat	Militärputsch
1926	Litauen	Verhaftung des Präsidenten	Militärputsch
1929	Jugoslawien	Aufhebung der Verfassung	Staatsstreich
1930-1933	Deutschland	Ausschaltung des Parlaments	Staatsstreich auf Raten
1933	Österreich	Ausschaltung des Parlaments	Staatsstreich
1934	Estland	Ausnahmezustand	Staatsstreich
1934	Lettland	Parlamentsauflösung	Staatsstreich
1936-1939	Spanien	Bürgerkrieg	Militärputsch
1938	Rumänien	Aufhebung der Verfassung	Staatsstreich
1939	Tschechoslowakei	Militärische Besetzung	Invasion

Quelle: Eigene Zusammenstellung



*Reichspräsidentenwahl
1925*

*Hindenburg
als Jäger und
Gut Neudeck*



Walter Mühlhausen
(Hrsg.)

Friedrich Ebert – Reden als Reichspräsident (1919–1925)

Alltag eines Reichspräsidenten...



SCHRIFTSERIE DER STIFTUNG
REICHSPRÄSIDENT FRIEDRICH EBERT. GEGRÜNDET
VON FRIEDRICH EBERT UND SONNEN



Reden von Reichspräsident Ebert 1924

- 1.1. Neujahrsempfang für das diplomatische Korps
- 1.1. Neujahrsempfang für die Reichsregierung
- 1.3. Pressefest der südwestdeutschen Presse
- 11.5. Eröffnung der Kölner Messe
- 17.6. Empfang von Vertretern des amerikanischen Kinderhilfswerks
- 23.6. Besuch der „Jahresschau Deutscher Arbeit“
- 24.4. Kuratorium der Walther Rathenau-Stiftung
- 3.8. Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges
- 10.8. Reden zum Verfassungstag (auch 11.8.)
- 15.8. Empfang der abessinischen Sondergesandtschaft
- 22.8. Empfang für den designierten Präsidenten Mexikos, P.E. Calles
- 23.9. Tagung der deutschen Auslands-Handelskammern
- 2.10. Kongreß der Neuphilologen
- 10.11. Empfang zur Förderung der „Oberschlesischen Woche“
- 26.11. Empfang für Hugo Eckener

Hans Luther (1879-1962)

- Reichsminister 1922-1925
- Reichskanzler 20.1.1925-18.5.1926
- „Luther-Bund“ 1928-1930
- Reichsbankpräsident 1930-1933
- Botschafter in den USA 1933-1937



„Auch mir wurde die Übernahme des Reichspräsidentenamtes angeboten. Ich erwiderte, ich sei für diesen Posten noch zu jung und würde wahrscheinlich vor Ungeduld ‚platzen‘. ... Zu Stresemann äußerte ich mich: ‚Ich bestehe nur aus Aktivität und würde vielleicht an der Inaktivität des Präsidentenpostens zugrunde gehen.‘“

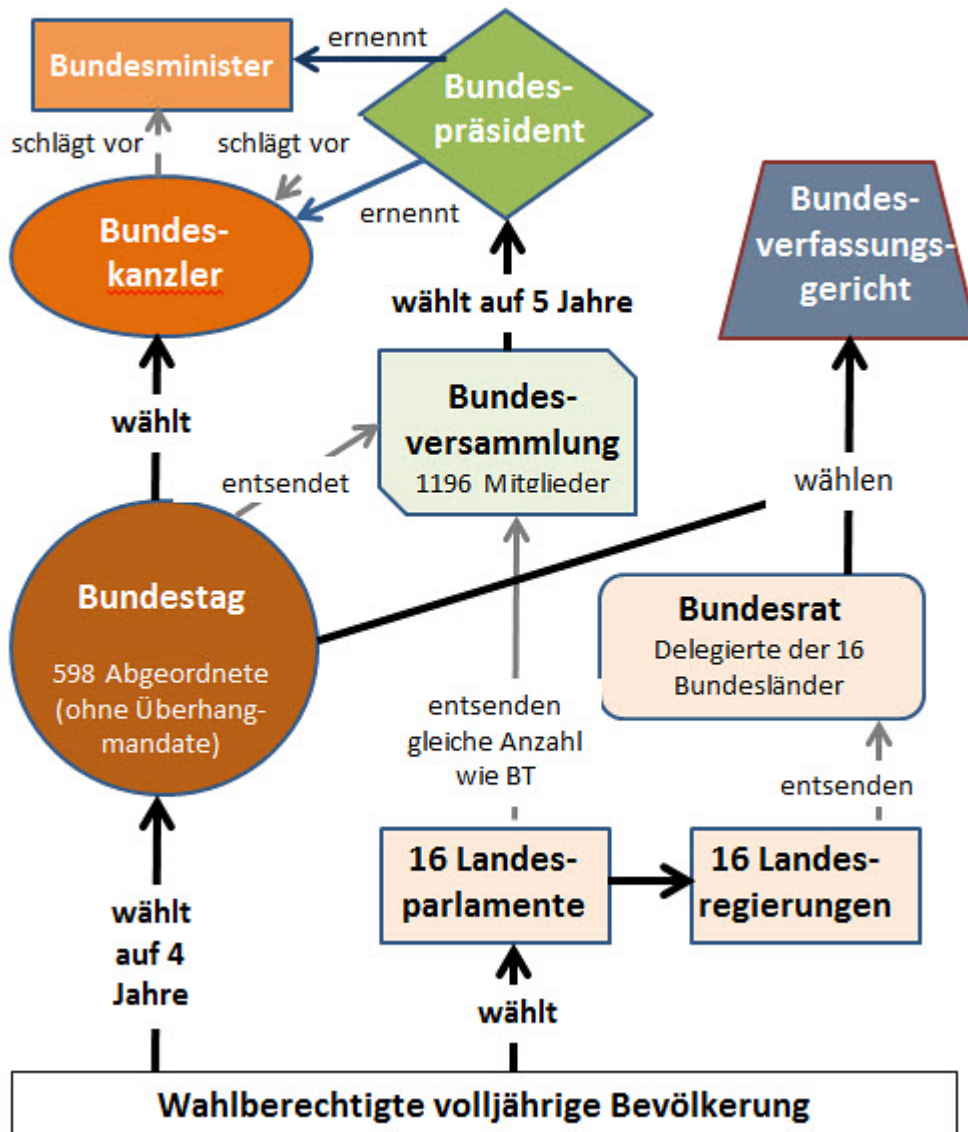
Politiker ohne Partei (1960), 330

Fünf Phasen des Staatsstreichs

<i>#</i>	<i>Datum</i>	<i>Ereignis</i>	<i>Zerstörung von:</i>
1	30.5. 1930	Ernennung Heinrich Brüning	Parlamentarismus
2	1.6. 1932	Ernennung Franz von Papen	Demokratie
3	14.6. 1932	Aufhebung des SA/ SS-Verbots	Innere Sicherheit
4	20.7. 1932	„Preußenschlag“	Föderalismus
5	30.1. 1933	Ernennung Hitlers	Verfassungsstaat

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland



*Politisches
System der
Bundesrepublik
Deutschland
1949-heute*

Quellen des Grundgesetzes

1.	<i>Deutsche Verfassungstradition</i>	Föderalismus, Bundesrat, Kanzlerprinzip, Sozialstaat, Wahlrecht
2.	<i>Anti-Weimar- / Anti-NS-Affekt</i>	Grundrechte, Mißtrauensvotum, Bundespräsident, Art. 79.3, 5%-Klausel, BVerfG
3.	<i>Alliierte Einflüsse</i>	Föderalismus

Die Grundrechte

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1 bis 19



ZAHLENBILDER

Art. 1 („Muttergrundrecht“ des GG)

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Art. 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

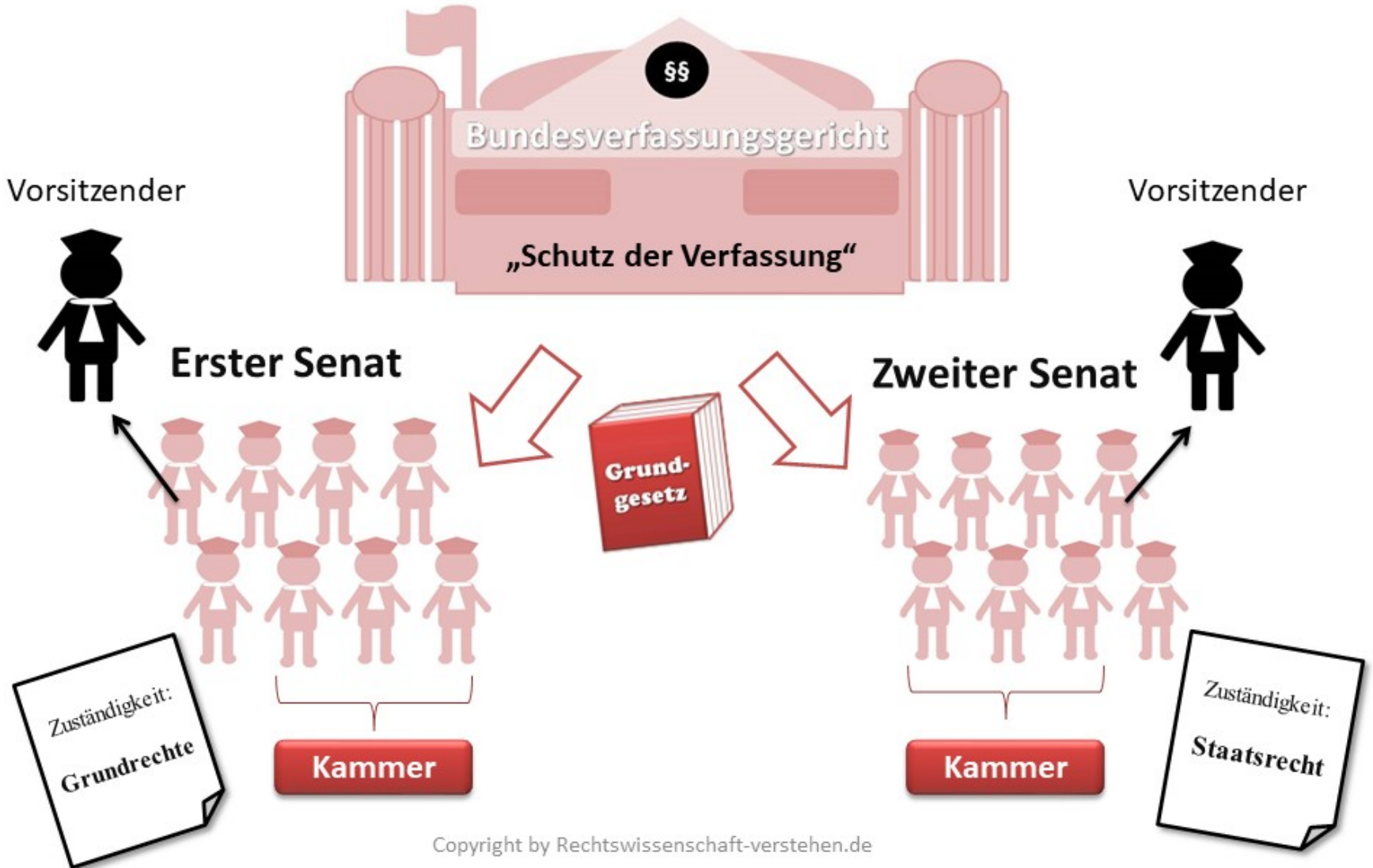
Art. 79

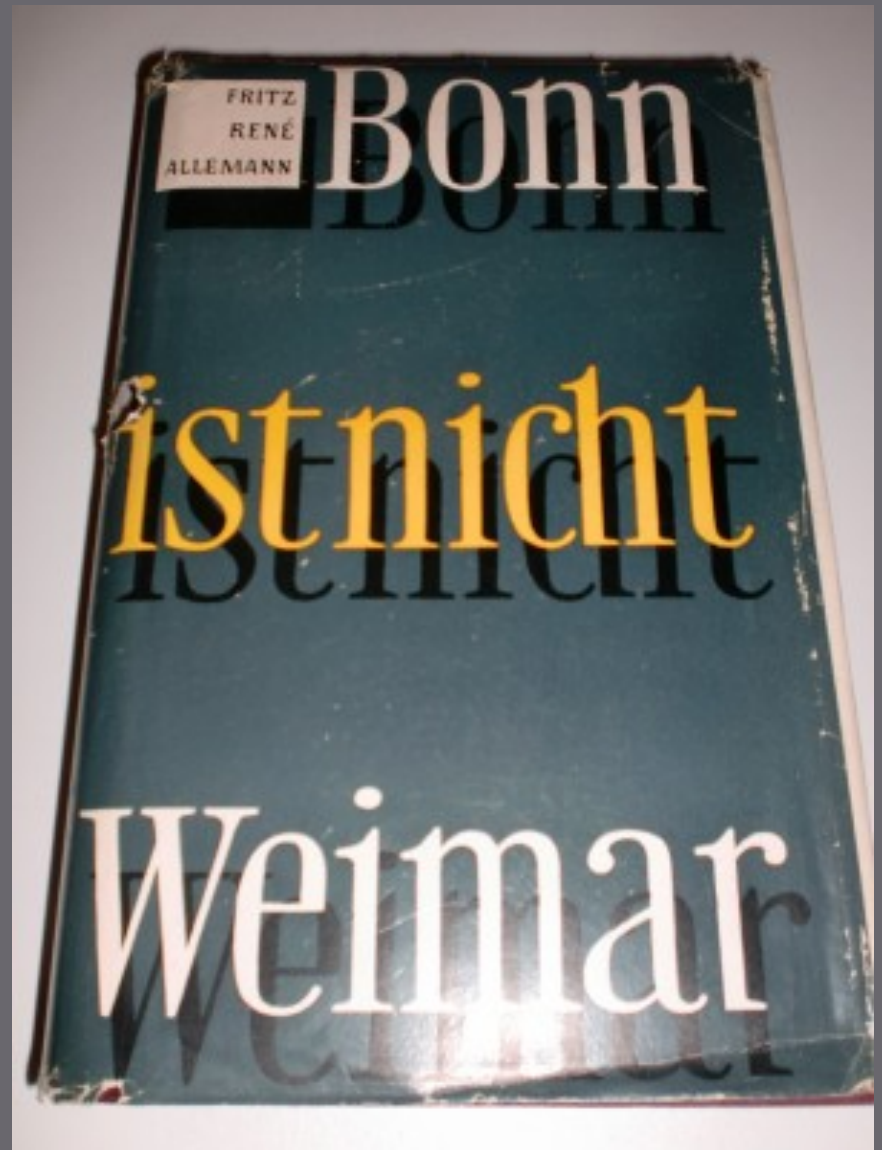
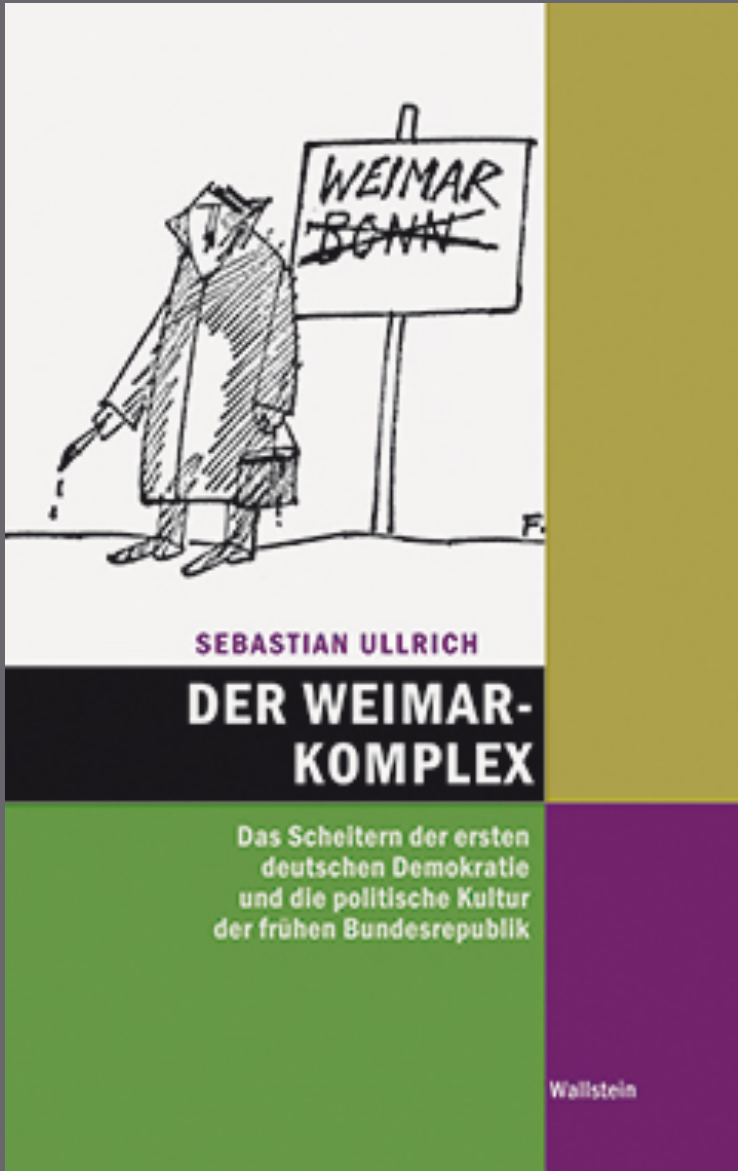
(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt. Bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben oder der Verteidigung der Bundesrepublik zu dienen bestimmt sind, genügt zur Klarstellung, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluß und dem Inkraftsetzen der Verträge nicht entgegenstehen, eine Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes, die sich auf diese Klarstellung beschränkt.

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Aufbau des Bundesverfassungsgerichts





Weimarer Politiker in der BRD 1948-53

<i>Institu- tion</i>	<i>N</i>	<i>Aktiv in Partei in Weimar</i>	<i>Politische Funktion</i>	<i>MdR/MdL oder Exekutive</i>	<i>Nichts</i>	<i>Nazi Aktivi- tät</i>
<i>Parlamen- tarischer Rat 1948-49</i>	77 ¹	61 (79.2%)	49 (63.6%)	30 (39%)	12 ² (15.6%)	4 (5.2%)
<i>Kabinett Adenauer 1949-53</i>	16	10 (62.5%)	8 (50%)	5 ³ (31.2%)	5 (31.2%)	1 (6.2%)

1: Alle MdPR, inkl. Berlin und späterer Eintritt 2: V.a. wg. spätem
Geburtsjahr 3: Viermal Exekutivfunktion, nur ein Abgeordneter
Quelle: Eigene Zusammenstellung

Dr. Robert Lehr (1883-1956)



- 1908 Dr. jur.
- 1912 Richter
- 1914 Verwaltung
Düsseldorf
- 1924 OB Düsseldorf
- 1933 von NS entlassen
- 1935 Widerstand
- 1946 MdL NRW, CDU
- 1948 Parl. Rat
- 1949 MdB
- 1950 BMin d. Inneren

- 1951 Strafantrag gegen
Otto Ernst Remer
- 1952 SRP-Verfahren

WINNER OF THE
LOS ANGELES
TIMES BOOK
PRIZE

THE NEW YORK TIMES BESTSELLER

"AWESOME. . . A LANDMARK WORK. . . PROFOUNDLY
REALISTIC AND IMPORTANT. . . SUPREMELY TIMELY
AND COGENT. . . THE FIRST BOOK TO FULLY EXHOM
THE DEPTH AND RANGE OF THE CHANGES NOW
SWEEPING THROUGH THE WORLD"

George Gilder, *Washington Post Book World*

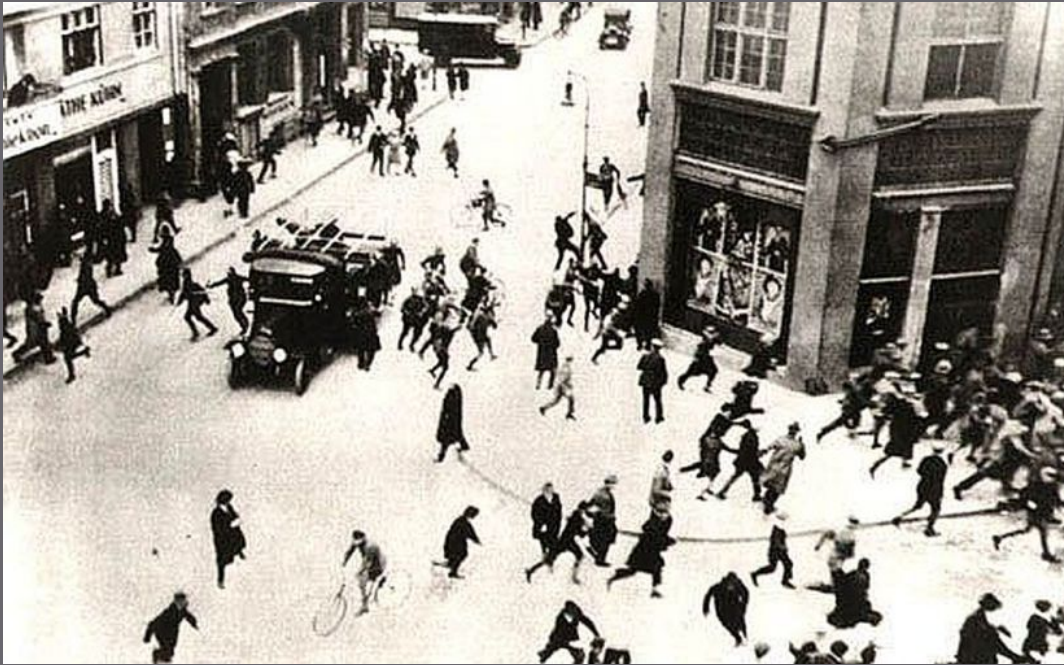
**THE
END OF
HISTORY
AND THE
LAST MAN**
Francis Fukuyama

**THE
CLASH OF
CIVILIZATIONS
AND THE REMAKING
OF WORLD ORDER**

Samuel P. Huntington



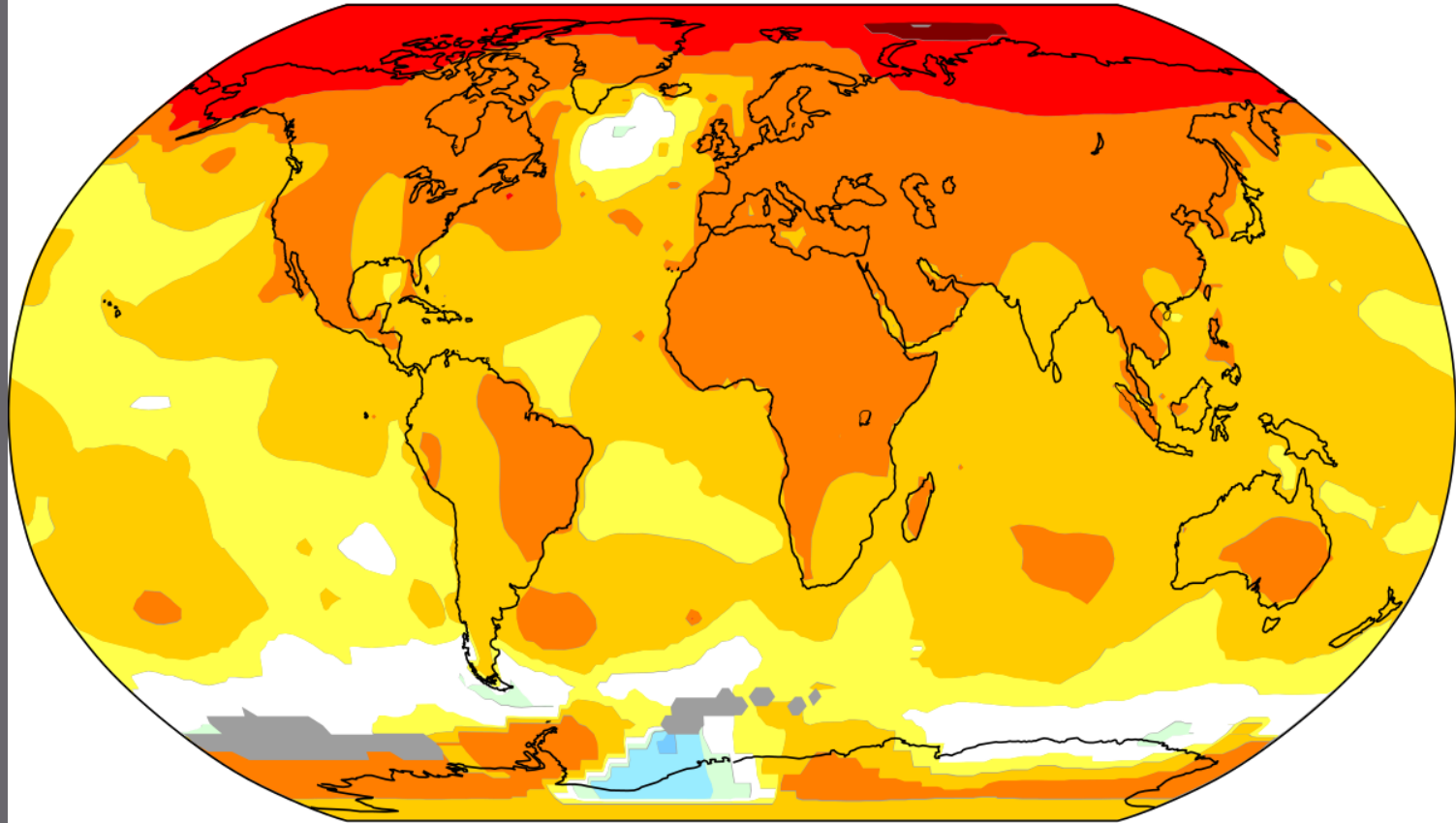
Weimarer Verhältnisse?



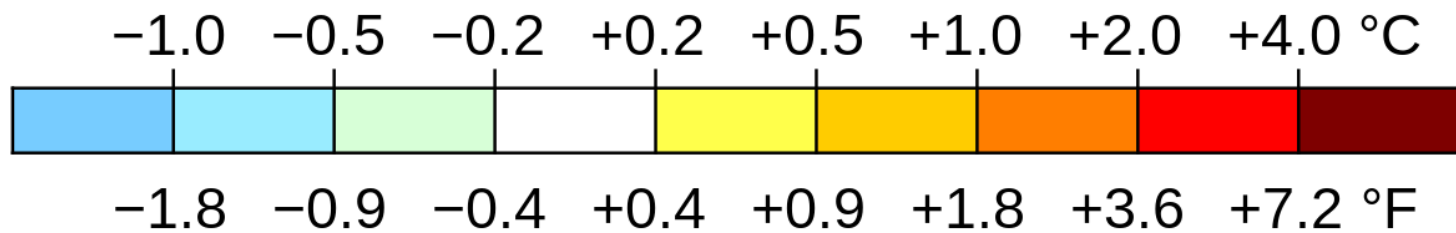


„Babylon Berlin“ - Krimi und TV-Serie

Temperature change in the last 50 years



2011–2021 average vs 1956–1976 baseline



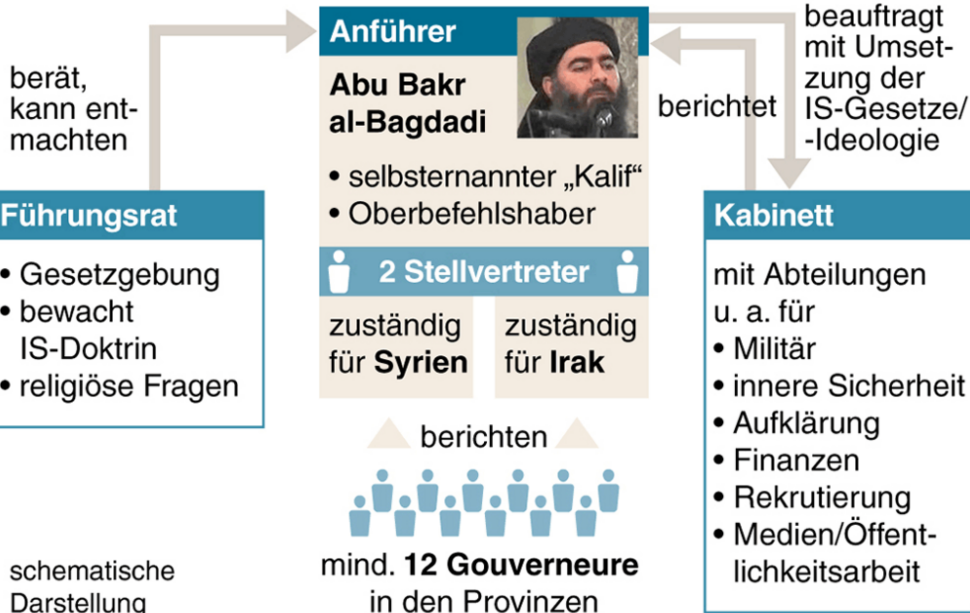


Last Generation...



Der Islamische Staat (IS)

Aufbau und Organisation der Terrormiliz, die ein sunnitisches Reich errichten will:



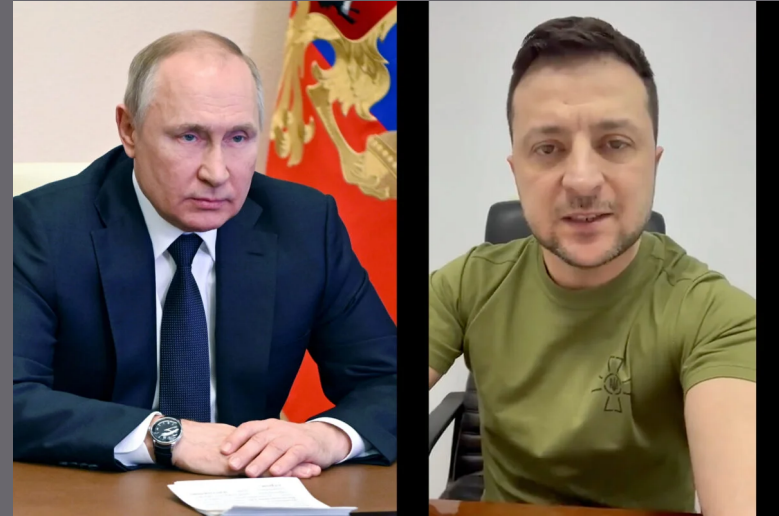
schematische Darstellung

dpa•21638

Quelle: Wall Street Journal, New York Times



Islamischer Staat



*Russisch-
Ukrainischer
Krieg seit
24. 2. 2022*





2016



*Donald J.
Trump*

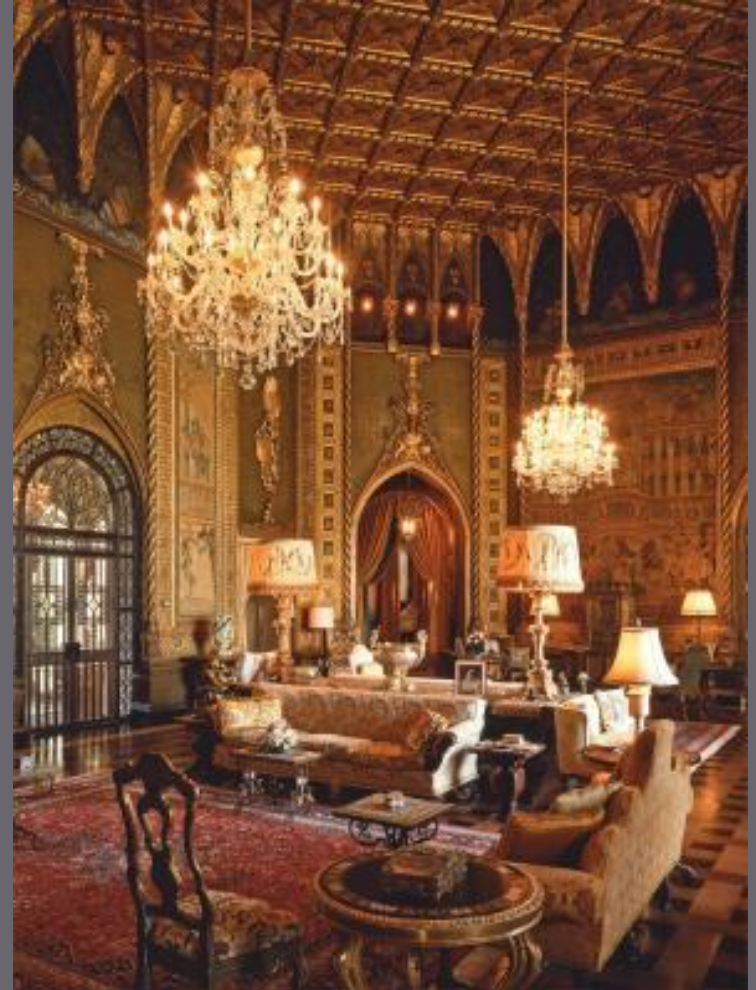
2024??



6. Januar 2021



Mar-a-Lago





© Sam Horine



© GIPA PRESS/ Rex/Shutterstock

Trumps Apartment im Trump Tower, New York





Orbán
Erdogan
Le Pen
Kaczynski
Netanyahu



„**Populismus** ist eine politische Bewegung, die die Interessen, kulturellen Wesenszüge und spontanen Empfindungen der **einfachen Bevölkerung** hervorhebt, im Gegensatz zu denen einer privilegierten Elite. Um sich zu legitimieren, sprechen populistische Bewegungen oft direkt den **Mehrheitswillen** an – durch Massenversammlungen, Referenden oder andere Formen der direkten Demokratie –, **ohne großes Interesse für Gewaltenteilung oder die Rechte von Minderheiten.**“

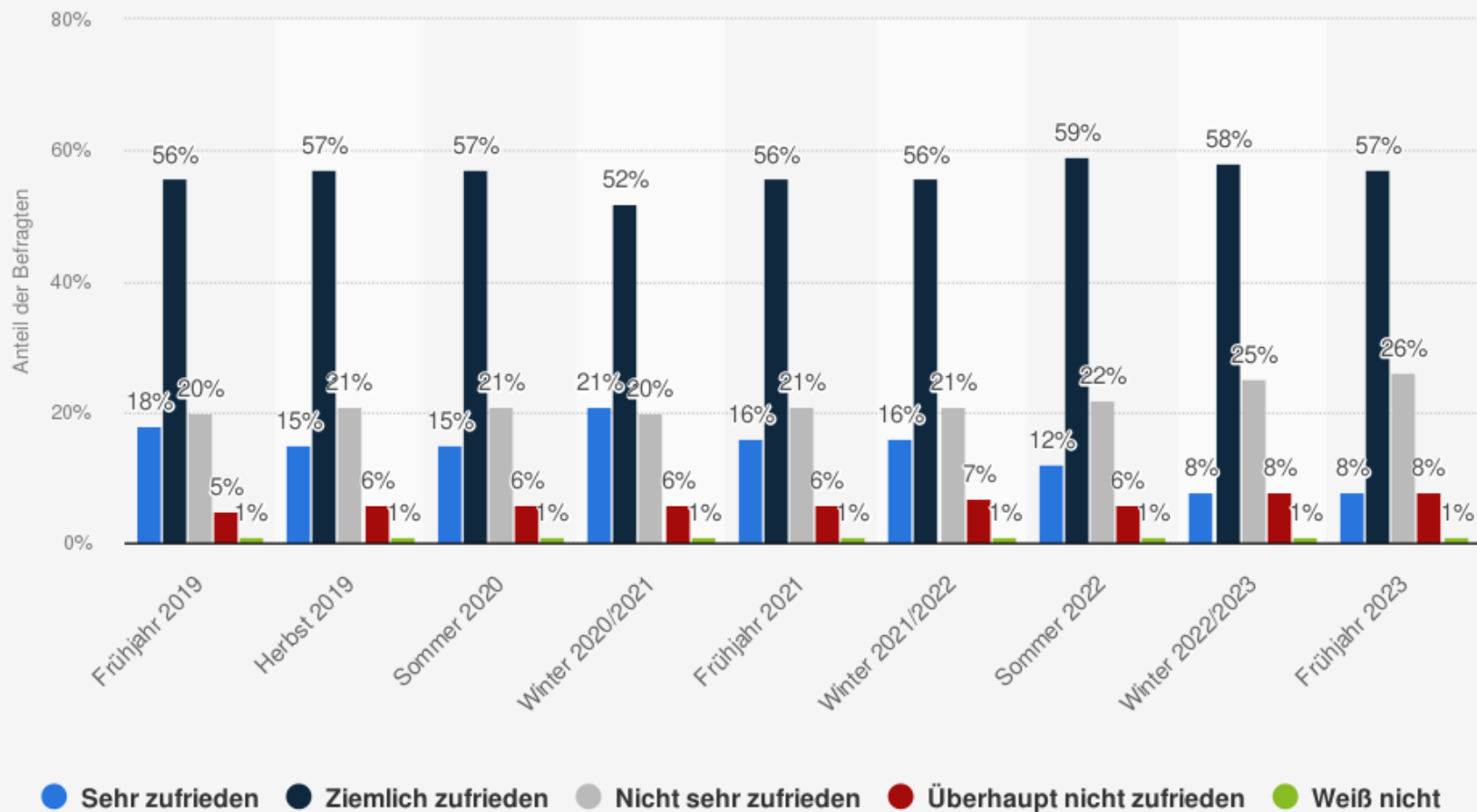
Encyclopedia of Democracy (1995, Orig. engl.)



- Schule in Cottbus, Mai 2023
- Wutbürger
- Reichsbürger



Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?



Quelle
European Commission
© Statista 2023

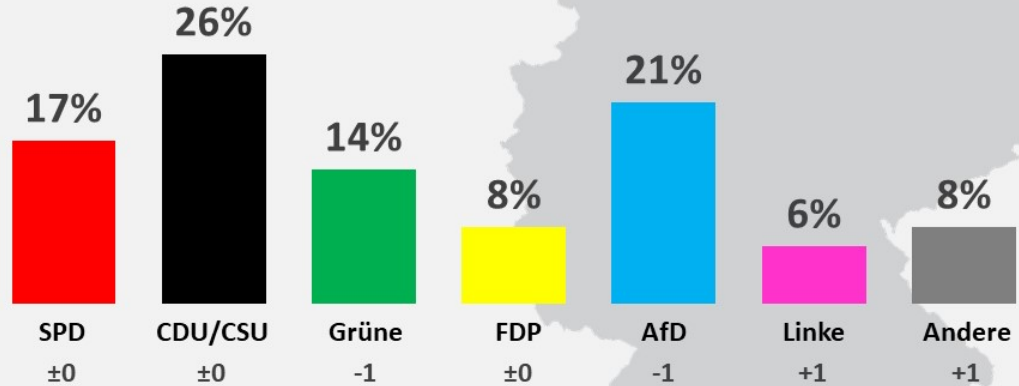
Weitere Informationen:
Deutschland; Kantar Public; 02.06.2023 bis 20.06.2023; 1.553 Befragte; ab 15 Jahre; Computergestützte persönliche Inter



WAHLFORSCHUNG

ALLGEMEINE SONNTAGSFRAGE September 2023

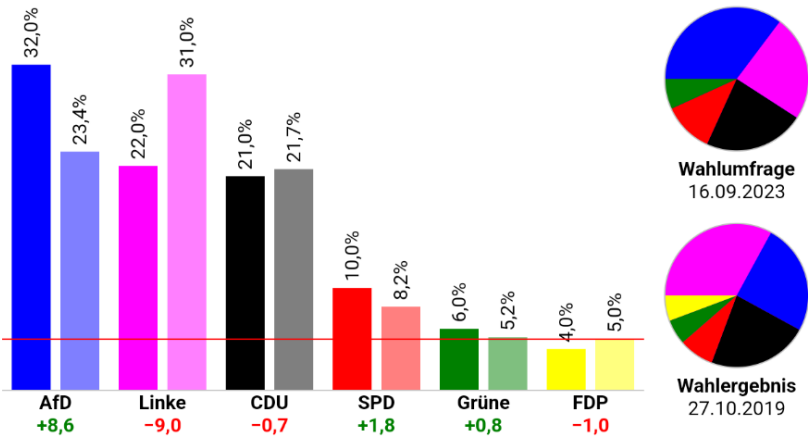
WELCHE PARTEI WÜRDEN SIE WÄHLEN, WENN AM NÄCHSTEN SONNTAG BUNDESTAGSWAHL WÄRE?



Veränderungen gegenüber Vormonat (in Prozentpunkten)

Erhebung von 2.000 Wahlberechtigten in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Region und früherem Wahlverhalten. Feldzeit: 01. bis 03. September 2023.

Landtagswahl Thüringen **Wahlumfrage von INSA** 16.09.23
Vergleich mit dem Wahlergebnis vom 27.10.2019



„Sonntagsfrage“



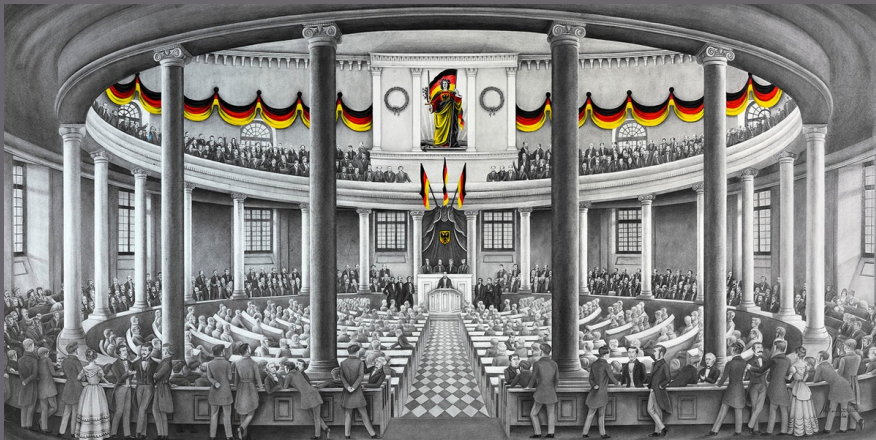
Herausforderungen der Demokratie...

Wortwahl von AfD-Spitzenpolitikern...

- StMin Özuguz soll „nach Anatolien entsorgt“ werden (Alexander Gauland)
- „völkisch“ wieder positiv besetzen (Frauke Petry)
- „Denkmal der Schande“ (Björn Höcke)
- „Erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Höcke)
- „Thüringer, Deutsche, 3000 Jahre Europa, 1000 Jahre Deutschland, ich gebe euch nicht her.“ (Höcke)
- „Alles für Deutschland“ (= SA-Losung) (Höcke)
- „kriminelle BRD-Führungsclique“ (Peter Böhlinger)
- „Kanzlerin der Ausländer“ (Gottfried Curio)
- „Altparteien“, „Lügenpresse“ etc.



*AfD Fraktionsaal im
Bundestag
„Saal Paulskirche“*





Bismarck mit Schärpe Schwarz-Rot-Gold?
(Hinweis: hat es *niemals* gegeben...)



*Schwarz-
Rot-Gold*



HD **WR**
HAUS DER WEIMARER REPUBLIK FORUM FÜR DEMOKRATIE

Am 6. März AfD wählen!

Schwarz-Rot-Gold ist bunt genug!

Alternative für Deutschland

www.afd-hessen.org

Wem „gehören“ die Symbole der Republik?

Ex-Verfassungsrichter di Fabio hat recht:
Nur noch die AfD steht zu
SCHWARZ-ROT-GOLD

Genau wie
85%
der Deutschen

Dr. Frank Grobe
Mitglied des Hessischen Landtages
Parlamentarischer Geschäftsführer
der Fraktion

Alternative für Deutschland

Schwarz, Rot, Gold
sind die Farben unseres Landes.

Schwarz, Rot, Grün
sind die Farben derjenigen,
die es zerstören wollen.

Martin E. Renner, Mitgründer der „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Hambacher Fest

„Wer Schwarz-Rot-Gold ehrt, wählt AfD!“

Sebastian Münzenmaier
Spitzenkandidat AfD Rheinland-Pfalz

Alternative für Deutschland

Einzig die AfD steht noch für
Schwarz Rot Gold

Die Volksfront von Antifa bis CDU/CSU für Mordor

Dr. Frank Grobe
Direktkandidat Wahlkreis 28
Rheingau-Taunus I

Alternative für Deutschland



Flagge zeigen!

Machen wir Facebook
Schwarz-Rot-Gold.

Alternative für Deutschland

www.alternativefuer.de





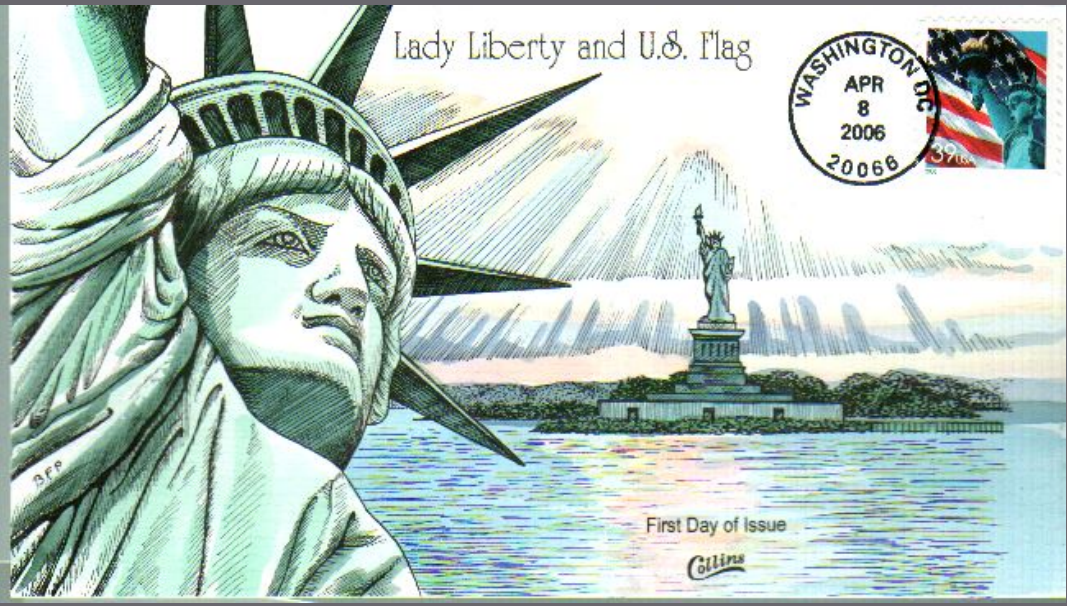
95
008
das deutsche reich ist eine republik.
artikel 1
die staatsgewalt geht vom volke aus.
100 jahre weimarer reichsverfassung.
deutschland





Fußball WM 2006





„Civil Religion“



Postdemokratie

Colin Crouch

edition suhrkamp

SV

Christian Lammert · Boris Vormann

DIE KRISE DER DEMO- KRATIE



und wie wir sie
überwinden

aufbau

Ernst Hillebrand (Hg.)

Rechtspopulismus in Europa

Gefahr für die
Demokratie?

BOB WOODWARD
ROBERT COSTA

HANSER

GEFAHR

DIE AMERIKANISCHE
DEMOKRATIE IN DER KRISE

Wolfgang Merkel Hrsg.

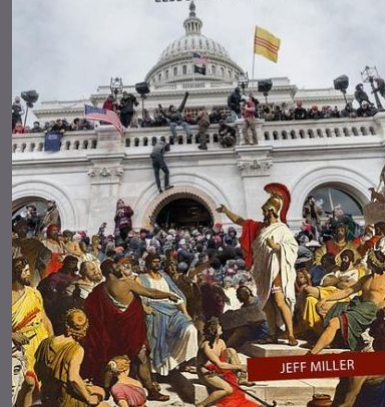
Demokratie und Krise

Zum schwierigen Verhältnis
von Theorie und Empirie

Springer

DEMOCRACY IN CRISIS

LESSONS FROM ANCIENT ATHENS



POPULISM AND THE CRISIS OF DEMOCRACY

VOLUME 2

Politics, Social Movements and Extremism

EDITED BY GREGOR FITZI,
JÜRGEN MACKERT AND BRYAN S. TURNER

POPULISM

Dolf Sternberger
Verfassungspatriotismus

Insel Verlag

213



(1907-1989)

1990 (FAZ 1970)

Ein demokratischer Patriotismus ist keine Abstraktion und keine Kopfgeburt. Das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger entspringt doch nicht allein aus kühlem Verstand oder Berechnung, sondern bei den allermeisten aus tiefstem Herzen. Also: Trauen wir uns doch! Trauen wir uns, die Hoffnung, die republikanische Leidenschaft jener Novembertage auch in unserer Zeit zu zeigen. Trauen wir uns, den Anspruch zu erneuern: Es lebe die deutsche Republik! Es lebe unsere Demokratie!

*Rede am
9. November 2018*



Frank-Walter
Steinmeier

*Der 9. November 1918 und die
deutsche Freiheitsgeschichte*

**Es lebe
unsere
Demokratie!**

Siedler

Frank-Walter
Steinmeier (Hg.)

Wegbereiter der
deutschen Demokratie



30 mutige Frauen
und Männer 1789-1918

C.H.BECK

2. Aufl., 2021



AG Orte der Demokratie- geschichte

- Seit 2016
- 99 Mitglieder
- 232 Orte (darunter
BüchnerHaus
Riedstadt)





*Jubiläum 2023 – und
Bundesstiftung*



Deutsche National-
versammlung
Paulskirche Frankfurt



100 Jahre Weimarer Republik und Verfassung 2019

THEMENPORTAL

Alles über die Weimarer Republik



REVOLUTION UND GRÜNDUNG DER REPUBLIK - TAG FÜR TAG

Ein Blog von Oktober 1918 bis August 1919

100 Thüringen
1920-2020



WEIMAR UND DIE REPUBLIK

Ausstellung im Stadtmuseum

Folgen Sie mir in das Jahr 1919!

Ein virtueller Stadtrundgang



VERANSTALTUNGEN

02.10.-01.07.2020 Dresden

Filmreihe: Als die Bilder sprechen lernten. Dresdner Kinokultur zwischen Stumm- und Tonfilm

[» lesen](#)

HDWIR

HAUS DER WEIMARER REPUBLIK FORUM FÜR DEMOKRATIE

HAUS DER WEIMARER REPUBLIK

EIN NATIONALER ERINNERUNGORT ENTSTEHT



WEIMARER REPUBLIK e.V.

VEREIN

Anliegen, Projekte, Aktionen, Partner

AKTUELLE NACHRICHTEN

21.02.2020

Band 9 der Weimarer Schriften zur Republik

Die Forschungsstelle Weimarer Republik legt in ihrer Publikationsreihe den Konferenzband zu ihrer zweiten Tagung für den wissenschaftlichen Nachwuchs vor.

[» lesen](#)

21.02.2020

20 Projekte werden gefördert

Im Rahmen des Förderprogramms „20x1000“ hat eine Jury insgesamt 20 Projekte ausgewählt, die in diesem Jahr mit jeweils 1.000 Euro unterstützt werden. Dadurch wird bundesweit in kreativer Weise an die Weimarer Republik erinnert.

[» lesen](#)

21.02.2020

Festveranstaltung in Weimar

Im Rahmen der Tagung „Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol“ findet am 26. Februar in Weimar eine Festveranstaltung statt, bei der die diesjährigen Forschungspreise zur Weimarer Republik verliehen werden. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Michael Geyer von der Universität Chicago.

[» lesen](#)

WISSENSCHAFT

Hier geht's zur Forschungsstelle Weimarer Republik

QUELLENPORTAL

zur Weimarer Republik

NEWSLETTER ANMELDUNG

Keine Meldung des Weimarer Republik e.V. verpassen

STATEMENTS

Heiko Maas
Bundesminister des Auswärtigen

Frauenwahlrecht, 8-Stunden-Tag und sozialer Rechtsstaat - vieles von dem, was heute für uns selbstverständlich ist... [weiterlesen](#)



Kontakt | Impressum | Datenschutz

Ein Projekt des Weimarer Republik e.V. mit freundlicher Unterstützung

Gefördert durch:

 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz  Sparkasse



www.weimarer-republik.net

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN!

Der Weimarer Republik e.V. erinnert daran mit Schauspielszenen.

13. – 15. März 2020
In 18 deutschen Städten

[» weitere Informationen](#)

VOR 100 JAHREN WEHRTE DAS VOLK DEN KAPP-LÜTTWITZ-PUTSCH AB



*Haus der
Weimarer
Republik. Forum
für Demokratie
(seit 31.7. 2019)*

Politische Elite 1932 – und ihre Eltern...

Paul von Hindenburg	Offizier und Gutsbesitzer
Kurt von Schleicher	Offizier (Mutter: Reedersfamilie)
Franz von Papen	Westfälische Adelsfamilie und Unternehmer
Heinrich Brüning (Zentrum)	Fabrikbesitzer und Weinhändler
Hermann Müller (SPD)	Sektfabrikant
Otto Braun (SPD)	Handwerker
Alfred Hugenberg (DNVP)	Jurist, Aufsichtsrat, Abgeordneter
Ludwig Kaas (Zentrum)	Landwirt
Franz Seldte (Stahlhelm)	Fabrikbesitzer
Erwin Bumke (Reichsgericht)	Arzt (Mutter: Fabrikantenfamilie)

Politische Elite 2023 – und ihre Eltern...

Frank-Walter Steinmeier	Tischler und Arbeiterin
Olaf Scholz	Textilkaufmann
Christian Lindner	Lehrer
Boris Pistorius	??? und Landtagsabgeordnete
Markus Söder	Bauunternehmer
Robert Habeck	Apotheker und Apothekerin
Annalena Baerbock	Maschinenbauingenieur und Sozialpädagogin
Angela Merkel	Pfarrerhaushalt
Friedrich Merz	Richter
Karin Göring-Eckardt	Tanzlehrer und Tanzlehrerin
Cem Özdemir	Arbeiter und Schneiderin
Janine Wissler	Verkaufsleiter und Angestellte
Dietmar Bartsch	Diplom-Landwirt und Diplom-Landwirtin
Boris Rhein	Schuldezernent
Nancy Faeser	Kommunalbeamter
Markus Söder	Handwerker (später Bauunternehmer)

Weimarer Verhältnisse?

Nein, denn...



Andreas Wirsching u.a.
(Hrsg.), 2018

<i>Heute</i>	<i>Weimar</i>
Mehr als 70 (30) Jahre demokratische und parlamentarische Praxis	Demokratische Transformationsgesellschaft
Hoher gesellschaftlicher Konsens über „Wesen und Wert der Demokratie“ (Hans Kelsen, 1920)	Hoher Grad gesellschaftlicher Spaltung & Polarisierung inkl. Gewaltbereitschaft
Politische und gesellschaftliche Eliten auf dem Boden der Verfassung	Große Teile der Eilte arbeiten gegen Republik und Demokratie
Wehrhafte Demokratie	Idee und Ansätze vorhanden, aber wegen demokratiefeindlicher Eliten unzureichend umgesetzt
Hohes Wohlstandsniveau und relative Verteilungsgerechtigkeit	Nachkriegsarmut, Reparationen, Inflation, Arbeitslosigkeit...
Europäische Integration & Friedensordnung	Paria-Status, Kultur der Niederlage, Revanchismus



Immanuel Kant

Zum ewigen Frieden (1795)

Zweiter Abschnitt, welcher die Definitivartikel zum ewigen Frieden unter Staaten enthält

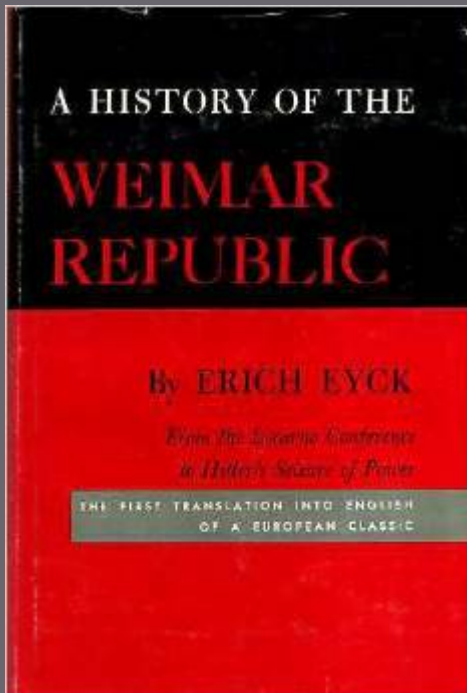
...Der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, ist kein Naturstand (status naturalis), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d.i. wenngleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muß also *gestiftet* werden. ...



Erich Eyck
*Geschichte der Weimarer
Republik* (1954)

Vorwort, 2. Satz:

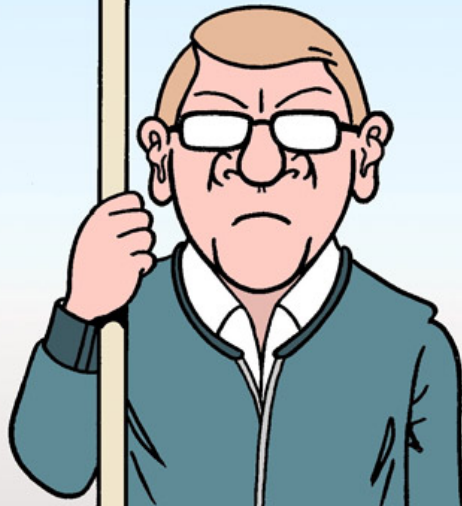
“Aber ihr erschütterndes und klägliches Ende wirft auf ihre ganze Geschichte ein so düsteres und melancholisches Licht, daß es den rückblickenden Historiker Überwindung kostet, bei ihr zu verweilen.”





WIR SIND DAS VOLK!

UND NICHT LINKE, GRÜNE, SPD, CDU, CSU,
FDP, FREIE WÄHLER, GEWERKSCHAFTEN,
KIRCHEN, SOZIALVERBÄNDE, VEREINE ...



ERL¹⁸



*6. Februar
2019*

*DNT in
Weimar*





*Erinnerungsstätte
Rastatt für die
Freiheitsbewegung
(1974 eröffnet)*



Die Koalitionsparteien werden eine vom Deutschen Bundestag zu beschließende Konzeption zur Förderung der Orte deutscher Demokratiegeschichte erarbeiten. Auf Grundlage der Bundestagsbeschlüsse wollen wir mit einem Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und in Leipzig an die positiven Momente unserer Demokratiegeschichte erinnern.

In dieser Legislaturperiode begehen wir u. a.: 70 Jahre Grundgesetz, 100 Jahre Ende des Ersten Weltkrieges, 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Jahre Weimarer Republik, 30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre Deutsche Einheit. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn wollen wir daran erinnern. Nicht nur angesichts dieser wiederkehrenden Anlässe des Gedenkens soll Geschichts- und Erinnerungspolitik verstärkt und auch als Thema der Auswärtigen Kulturpolitik etabliert werden.

Koalitionsvertrag 2018, Zeile 8018-8030

100 Jahre Weimarer Reichsverfassung – Demokratischer Aufbruch und Scheitern der ersten deutschen parlamentarischen Republik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag erinnert an die Gründung der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland vor 100 Jahren: Mit der Verabschiedung der „Weimarer Reichsverfassung“ ging, unter den widrigen Folgen des Ersten Weltkrieges, der Übergang vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie einher. Dies war die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Dieser Aufbruch, dem die erste in Kraft getretene demokratische Verfassung zu verdanken ist, verdient unsere besondere Würdigung. Weimar ist untrennbar mit dem Streben nach Freiheit und Demokratie verbunden. Wie kaum ein anderer Ort in Deutschland steht er für unsere außergewöhnliche Entwicklung der Demokratie. Er steht in einer Tradition in der auch Hambach – im Jahr 1832 zogen damals Zehntausende aus allen Gesellschaftsschichten mit der Forderung nach Freiheit und Reformen zum Hambacher Schloss – und Frankfurt, der Ort, an dem am 18. Mai 1848 die Nationalversammlung in der Paulskirche zusammentrat, genannt werden müssen. Ohne jemals in Kraft getreten zu sein, enthielt die ausgearbeitete Paulskirchenverfassung bereits grundlegende Elemente unserer Demokratie, wie die Freizügigkeit, die Presse- und Versammlungsfreiheit, das Briefgeheimnis, die Freiheit der Wissenschaft und der Rede, das Recht auf Eigentum und die Aufhebung der Todesstrafe.

In dieser Traditionslinie steht mit einem weiteren Meilenstein die Weimarer Republik. Dass am Ende des Ersten Weltkrieges der Schritt in die Demokratie gewagt wurde, war keinesfalls gewiss. Nur unter dem zunehmenden Druck der Zivilgesellschaft begann das Ende der monarchischen Herrschaft in Deutschland. So übertrug Reichskanzler Max von Baden am 9. November 1918 in Abwesenheit von Kaiser Wilhelm II. sein Amt auf Friedrich Ebert, unter dessen Vorsitz sich der Rat der Volksbeauftragten formierte. Dieser beschloss am 30. November 1918 eine historische Wahlordnung, die in

*Deutscher
Bundestag*

Schriftstück
19/11089

Verabschiedet
am 17.10.2019

Wahlergebnisse im Vergleich

<i>NSDAP 1932 II</i>	33.1 %
<i>NSDAP 1933</i>	43.9 %
<i>CDU/CSU</i>	10 x
<i>(20 x BT; 1949-2021)</i>	44.5 – 50.1 %
<i>SPD (1972)</i>	45.8 %



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold



Eiserne Front



Bundesarchiv, Bild 102-05973
Foto: o. Ang. | Mai 1928



*Reichsbanner
Schwarz-
Rot-Gold
(gegr. 1924)*



Sebastian Elsbach

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Republikenschutz und politische Gewalt
in der Weimarer Republik

WEIMARER SCHRIFTEN
ZUR REPUBLIK

Franz Steiner Verlag

10





BERLINER MORGENPOST

Wöchentlich
50
Pfennig
Circulation: 102,000
Am 31. Juli 1932

Nr. 174 **Donnerstag, 21. Juli 1932** 10 Pfennig

Papens Schlag gegen Preußen. Minister abgesetzt - Ausnahmezustand.

Bracht vertreibt Severing durch Polizei. — Reichswehr am Alexanderplatz.

Der 31. Juli entscheidet.

Die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine überaus wichtige Angelegenheit. Sie ist nicht nur eine Angelegenheit der Reichsregierung, sondern eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen. Die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen.

Das ist unser antwortendes Ziel. Das Reich hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen. Die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen.

„Staatsraison“

Die Staatsraison ist ein Begriff, der in der Politik häufig verwendet wird. Er bedeutet die Vernunft, die die Politik leiten sollte. Die Staatsraison ist ein Begriff, der in der Politik häufig verwendet wird. Er bedeutet die Vernunft, die die Politik leiten sollte.

Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen. Die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen.

Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen. Die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen.

Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen. Die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen.

Times.

LATE CITY EDITION
WEATHER—Fair today; tomorrow showers; same temperature.
Temperature Yesterday—Max., 81; Min., 71.

NATIONS REFERENCE A TODAY REICH SELVES PRUSSIA, NAMES DICTATOR; ARMY OUSTS OFFICIALS AND RULES BERLIN; PAPEN ACTS UNDER HINDENBURG'S ORDERS

Text of Hindenburg's Decrees
ELECTION MAY BE PUT OFF
Socialist-Led Cabinet Out, Severing Quitting When Arrest Threatens.

BERLIN, July 20.—The Presidential decree appointing a Federal Commissioner for Prussia, dated at Neudeck, where President von Hindenburg is in vacation, reads as follows:
Under Article 42 of the Reich's Constitution, in order to restore public security and order in Prussia, I decree as follows:
For the term during which this Federal Commissioner for Chancellor of the Reich is appointed Federal Commissioner for Prussia. In this capacity he is empowered to remove members to assume for himself the official duties of the Prussian Premier and of other persons with the conduct, as Commissioners, of the other Prussian Ministries.
The Chancellor may wield all the powers pertaining to the duties of a Chancellor as designated by him to conduct the affairs of the Reich.

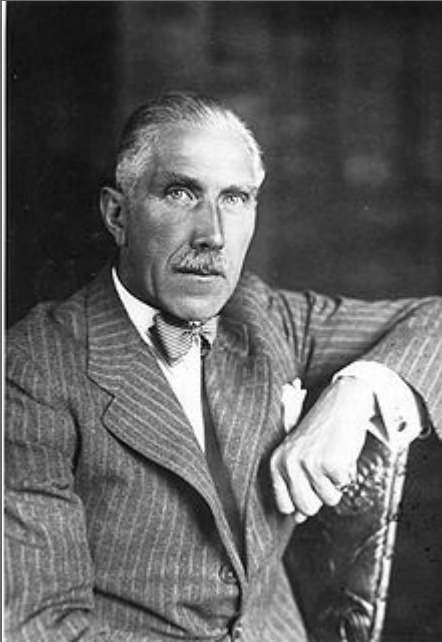
„Preussenschlag“ (1932)

Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen. Die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen ist eine Angelegenheit der gesamten Nation. Die Reichsregierung hat die Verantwortung für die Entscheidung über die Einsetzung eines Reichskommisars für Preußen übernommen.



ALL BARKING "VERBOTEN."

PRESIDENT HINDENBURG (to Herr von PAPEN). "HOLD HIM TIGHT; AND IF HE GIVES YOU ANY TROUBLE USE THIS."





Wahlbeteiligung in der Weimarer Republik

Reichstag (höchste)	84.1% (1932 I)	
Reichstag (niedrigste)	75.6% (1928)	
Reichstag (Durchschnitt)	80.06% (1919-1932 II)	
Reichspräsident 1925	68.9% (I)	77.6% (II)
Reichspräsident 1932	86.2% (I)	83.5% (II)
Bundestag 1949-2017	82.7% (Durchschnitt)	
Bundestag 1990-2017	76.7% (Durchschnitt)	

"Wahlbeteiligung ist ein Indikator für die Gesundheit der Demokratie"

(Blog der BPB zur Bundestagswahl 2013)

Zu den Errungenschaften der Weimarer Republik gehören...

- Parlamentarische Demokratie
- Grundrechte als geltendes Recht
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Betriebsräte
- Arbeitslosenversicherung

- Volkshochschulen
- Technisches Hilfswerk (THW)
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Deutscher Akademischer Austauschdienst

- Nivea, Uhu, Tempo, Dr. Oetker, Haribo...
- Staubsauger, Radio, Fernseher

Elemente der wehrhaften Demokratie

<i>Verfassungsschranken</i>	Art. 79.3 Art. 20.4
<i>Gerichtsentscheide</i>	Art. 21.2 (Parteienverbot) Art. 18 (Grundrechtsverwirkung)
<i>Exekutivmaßnahmen</i>	Vereinsrecht Ausländerrecht Versammlungsrecht
<i>Strafrecht</i>	§§ 80ff. StGB (Hochverrat) §§ 93 (verfassungsfeindliche Publikationen) § 129a (Terroristische Vereinigungen) § 130 (Volksverhetzung)
<i>Verfassungsschutz</i>	Bund und Länder
<i>Verfassungstreue</i>	Art. 33.5 (Grundsätze des Berufsbeamtentums)

Quelle: nach Walter Ganßer, *Abwehrbereit*, München 1985, 19

Elemente der wehrhaften Demokratie I

<i>Element</i>	<i>BRD (GG)</i>	<i>Weimar (WRV)</i>
<i>Verfassungsschranken</i>	Art. 79.3 Art. 20.4	Art. 76 --
<i>Gerichtsentscheide</i>	Art. 21.2 (Parteienverbot) Art. 18 (Grundrechtsverwirkung)	§ 14.2 RepSchG I (Parteienverbot) Art. 48 (Parteien, Grundrechtseinschränkung)
<i>Exekutivmaßnahmen</i>	Vereinsrecht Ausländerrecht Versammlungsrecht	Dto. Dto. (Abschiebung) Dto.

Elemente der wehrhaften Demokratie II

<i>Element</i>	<i>BRD (GG)</i>	<i>Weimar (WRV)</i>
<i>Strafrecht</i>	§§ 80ff. StGB (Hochverrat) §§ 93 (verfassungsfeindliche Publikationen) § 129a (Terroristische Vereinigungen) § 130 (Volksverhetzung)	§§ 80ff. StGB (Hochverrat) §§ 93ff. (Landesverrat) § 129 (Staatsfeindliche Verbindungen) § 130 (Klassenkampf)
<i>Verfassungsschutz</i>	Bund Länder	-- Politische Polizei Preußens (Abt. I A)
<i>Verfassungstreue</i>	Art. 33.5 (Grundsätze Berufsbeamtentum)	Art. 176 (Treue zur Verfassung)

Quelle: nach Walter Ganßer, *Abwehrbereit*, München 1985, 19 (BRD) // Eigene Zusammenstellung (Weimar)

„Fehlerhaftes“ politisches System?

Weimarer Republik als Modell für:

Frankreich (V. Republik)

Österreich

Griechenland

Finnland

Taiwan

Südamerika (1920er-1940er)

Reklame

München, 21. März 1927

31. Jahrgang Nr. 51

SIMPLICISSIMUS

Herausgabe in München
Polververlag in Stuttgart

Begründet von Albert Langen und Th. Th. Heine

Zeitungspreis vierteljährlich 7,50 Reichsmark
Verlag 1127 by Süddeutscher Verlag L. v. S. & G., München

REPUBLIK



Sie tragen die Buchstaben der Firma — aber wer trägt den Geist?!

Th. Th. Heine

*Simplicissimus, 31
(21. März 1927),
51*

„Sie tragen die
Buchstaben der
Firma — aber wer
trägt den Geist?“

Beratungen im Parlamentarischen Rat

1. Wie soll der „Bundespräsident“ gewählt werden?
2. Brauchen wir überhaupt einen Präsidenten?
3. Wer soll Stellvertreter des Präsidenten sein?

Walter Strauß (CDU): „Der Bundespräsident kann auf Antrag des Bundesrats den Bundestag auflösen, wenn die politischen Verhältnisse ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Bundesregierung und Bundestag unmöglich machen und innerhalb 4 Wochen die Neubildung einer Bundesregierung nicht zustande kommt.“

Zusatz auf Vorschlag Friedrich Glum (CSU): „Kommt vier Wochen nach Zusammentritt des neugewählten Bundestages eine Kabinettsbildung nicht zustande, so kann der Bundespräsident mit Zustimmung des Bundesrats eine Bundesregierung berufen, die so lange im Amt bleibt, bis eine Regierungsbildung gelingt.“

Herrenchiemseer Konvent, Bd. 2

„Der Vorschlag des Organisationsausschusses und der Entwurf von Herrenchiemsee sieht für die Wahl des Bundespräsidenten folgende Form vor: getrennte Abstimmung im Bundestag und in den Länderkammer. Falls keine Übereinstimmung der beiden Kammern zu erzielen ist, soll ein besonderes Wahlgremium zusammentreten, das aus Mitgliedern der Länderkammer und aus einer gleich großen Zahl von Mitgliedern des Bundestags besteht.

Wir halten diese Regelung nicht für glücklich und auch politisch nicht für zweckmäßig. Ein Bundespräsident soll ein breiteres Fundament haben.

Wenn schon kein plebiszitärer Bundespräsident erwünscht ist , so soll er doch – darin sind wir uns wohl alle einig – von dem Vertrauen einer größeren Zahl von Vertretern des Volkes getragen werden. Daher schlagen wir vor, daß ein Nationalkonvent, eine Bundesversammlung zusammentritt, daß also ein besonderes Wahlgremium den Bundespräsidenten wählt. Unser Vorschlag geht dahin, den Bundespräsidenten von einem Nationalkonvent wählen zu lassen, der sich zusammensetzt aus den Mitgliedern des Bundestags und aus einer gleich großen Zahl von Wahlmännern, die von den Landtagen der einzelnen Länder gewählt werden.“

Thomas Dehler (FDP), 8. Stzg. HA, 24.11.1948

„Hinsichtlich der Wahl des Bundespräsidenten ist das System der direkten Volkswahl, das in der Weimarer Republik herrscht, abzulehnen. Die Präsidentenwahlen von 1925 und 1932 haben bewiesen, daß diese Form der Wahl für das deutsche Volk jedenfalls nicht die geeignete Form ist. Im Jahre 1925 wurde der Kandidat der Reaktion gewählt, und im Jahre 1932 haben auch die demokratischen Kräfte durch ihren damaligen Wahlakt geradezu aus Angst vor dem Tode Selbstmord begangen.“

*Adolf Süsterhenn (CDU),
Parl. Rat, 2. Stzg. Plenum, 8.9.1948*

„Einen Bundespräsidenten halte ich schlechterdings für entbehrlich. Wir würden das, was wir jetzt zu machen haben, überbetonen, wenn wir ein besonderes Staatsoberhaupt herausstellen würden. Es hat viele Jahrzehnte Staaten gegeben, die ohne einen Bundespräsidenten ausgekommen sind, in jüngster Vergangenheit Irland und Litauen, welche die Funktionen des Staatsoberhauptes jahrzehntelang durch den Ministerpräsidenten wahrnehmen ließen. Ich sehe nicht ein, warum wir in einer staatlichen Ordnung, die hoffentlich nur zwei oder drei Jahre dauert, uns mit einem solchen Requisit versehen sollten.“

Carlo Schmid, Herrenchiemsee, 11.8.1948

„Ein kurzes Wort über die Stellung des Bundespräsidenten. Das Grundgesetz hat keinen starken Präsidenten im Sinne der Weimarer Verfassung vorgesehen, sondern hat den Präsidenten mehr auf repräsentative Funktionen beschränkt. **Es wäre aber falsch, zu sagen der Bundespräsident soll nur repräsentative Funktionen habe.** Wir sind immer bestrebt gewesen, das parlamentarische System zu verbessern. Deshalb haben wir eine Möglichkeit geschaffen, in Konflikten zwischen Regierung und Parlament einen ehrlichen Makler einzusetzen, ein **Pouvoir neutre**. In dieser Eigenschaft kann der Bundespräsident sehr wesentlich beim Gesetzgebungsnotstand mitwirken, wie ihn Artikel 81 vorsieht. Er kann unter bestimmten Voraussetzungen auch den Bundestag auflösen, wie es die Artikel 63 und 66 vorsehen. Außerdem steht ihm das **Vorschlagsrecht für den Bundeskanzler** und dessen Ernennung nach seine Wahl zu.“

Robert Lehr (CDU), Parl. Rat, 3. Lesung GG, 8.5.1949

Konstruktives Mißtrauensvotum

„Eine arbeitsunfähige Mehrheit kann dagegen weder die Regierungsbildung vereiteln, noch eine bestehende Regierung stürzen. Der Ausweg einer Präsidialregierung wird dabei vermieden.“

*Bericht über den
Verfassungskonvent Herrenchiemsee*

„Es ist die Frage, ob man dieser Rechtsunsicherheit nicht dadurch abhelfen sollte, daß das Grundgesetz der Weimarer Verfassung Erwähnung tut, etwa so, daß es ausspricht, daß sie, soweit ihre Bestimmungen in Widerspruch zu diesem Grundgesetz stehen, ruht.“

Carlo Schmid, Parl. Rat, 8.9.1948
(allgemeine Verfassungsdebatte)

THE CIVIC CULTURE

Political Attitudes
and Democracy
in Five Nations

Gabriel A. Almond
Sidney Verba

1963

THE CIVIC CULTURE REVISITED

edited by
Gabriel A. Almond
Sidney Verba

1980

Art 21

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.
- (3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (5) Das Nähere regeln Bundesgesetze.



*Partei-
verbote
nach
Art. 21.4*

SRP 1952
KPD 1956

NPD: Verfahren 2003
und 2017 gescheitert



Art 65

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

- Kanzlerprinzip (Richtlinienkompetenz)
- Ressortprinzip
- Kabinettsprinzip